

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

170 (24.7.1912)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. E. C. & Co., Karlsruhe.
Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Hermann Kadel;
Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Beste Nachrichten für den übrigen Anhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.
Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Biegler in Karlsruhe.

Gewerbeaufsicht und Baukontrolle.

(Rede des Abg. Willi in der Zweiten bad. Kammer.)
 Der badische Landtag hatte sich kurz vor seiner Ver-
 tagung noch mit einer für die Arbeiterchaft sehr wichtigen
 Materie befaßt. Der sozialdemokratische Antrag,
 den Ausbau des Gewerbeaufsichtsamts und die Schaffung
 einer Kontrollbehörde für das Baugewerbe unter
 Zuziehung von Hilfskräften aus Arbeiterkreisen betreffend,
 hat in der Kommission folgende Fassung erhalten:

- Die zweite Kammer beschließt, großh. Regierung zu er-
 suchen,
1. das Gewerbeaufsichtsamts derart auszubauen, daß eine
 genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Kreisen der
 Arbeiter und Arbeiterinnen angestellt wird, damit alle
 der Inspektion unterstellten Betriebe wenigstens einmal
 jährlich kontrolliert und die Betriebe, bei denen sich An-
 fälle ergeben, nachkontrolliert werden können;
 2. für das Baugewerbe die Kontrolle unter Zuziehung von
 Hilfskräften aus Arbeiterkreisen so auszugestalten, daß
 eine ausreichende Überwachung der Betriebe ermöglicht
 wird.

Zur Erstattung des Kommissionsberichts führte sodann der
 Berichterstatter Abg. Willi (Soz.) folgendes aus:

Der Antrag zerfällt in zwei Teile. Einmal wird verlangt,
 daß eine Ausgestaltung des Gewerbeaufsichtsamtes nach der
 Richtung hin vorgenommen werden soll, daß aus den Kreisen
 der Arbeiter Hilfsbeamte in das Gewerbeaufsichtsamts be-
 zogen werden sollen, und daß die Zahl der Beamten des Ge-
 werbeaufsichtsamts eine Vermehrung in der Weise erfahren
 soll, daß künftighin die dem Gewerbeaufsichtsamts unterstellten
 Betriebe jährlich mindestens einmal revidiert werden können,
 und daß die Betriebe, bei welchen sich Anfälle ergeben haben,
 nachkontrolliert werden können.

Es ist nun seitens der Antragsteller geltend gemacht wor-
 den, daß bisher ein Mangel der Gewerbeaufsicht darin be-
 stehe, daß eben die Zeit, bis der Gewerbeaufsichtsbearbeiter
 einmal in denselben Betrieb kommen konnte, eine allzulange
 war, und daß unter diesem Mangel da und dort sich schwere
 Mängel innerhalb einzelner Betriebe ergeben haben, die
 die Gesundheit und das Leben der Be-
 schäftigten in ganz erheblichem Maße gefährdet war. Es ist
 auch darauf hingewiesen worden, daß manche Unternehmer es
 ausgebeugt haben, den revidierenden Beamten
 Schmeicheleien zu schlagen, und es sind in der Kommission nach die-
 ser Richtung hin auch Beispiele gegeben worden.

Die großh. Regierung hat in der Kommission erklärt, daß
 nach ihrer Meinung — sie befürwortet die Vermehrung der Zahl der
 Beamten des Gewerbeaufsichtsamts, wie sie in den letzten
 Jahren eingetreten sei, für die derzeitige Bedarfsverhältnisse
 hinreichend sei, daß eine Vermehrung des Beamtenstandes
 des Gewerbeaufsichtsamts in rascherem Tempo nicht wün-
 schenswert sei, schon deshalb, weil eben auch eine gewisse Aus-
 bildung dieser Beamten notwendig sei; man könne deshalb nicht
 in allzu raschem Tempo in der Vermehrung der Beamten vor-
 gehen. Es ist dann weiter geltend gemacht worden, daß dem
 Wunsch nach Zuziehung von Hilfskräften aus Arbeiter-
 kreisen infolgedessen bereits Rechnung getragen sei, als beim
 Gewerbeaufsichtsamts schon jetzt Leute als Beamte, als Hilfs-
 kräfte mit tätig sind, die aus den Kreisen der Arbeiter hervor-
 gegangen seien.

Die zweite Hälfte des Antrags verlangt nun, daß für das
 Baugewerbe die Kontrolle unter Zuziehung von Hilfs-
 kräften aus Arbeiterkreisen so ausgestaltet werden soll,
 daß eine ausreichende Überwachung der Betriebe ermöglicht
 wird. Dieses Verlangen ist vonseiten der Antragsteller in der
 Kommission begründet worden mit dem Hinweis darauf, daß
 gerade im Baugewerbe sich außerordentliche Mängel zeigen in
 bezug auf die Durchführung der bestehenden Schutzvorschriften.
 Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die bestehenden
 Schutzvorschriften nicht genügen, um einen ausreichen-
 den Schutz der Arbeiter zu gewährleisten.

Vonseiten der großh. Regierung ist demgegenüber geltend
 gemacht worden, daß die bestehende Verordnung zum Schutz der
 Bauarbeiter gegenwärtig einer Revision unterzogen werde, und
 daß es wohl zweckmäßig sei, abzuwarten, inwieweit auf diesem
 Wege eine Besserung der bestehenden Zustände herbeige-
 führt werde. Dann ist aber auch weiter seitens der Regierung
 darauf hingewiesen worden, daß schon jetzt aus Arbeiterkreisen
 hervorgegangene Bauaufseher und Baukontrolleure im Dienst
 der Bauaufsicht tätig seien und daß damit dem Wunsch der An-
 tragsteller eigentlich in weitgehendem Maße schon Rechnung
 getragen sei. Die Antragsteller sind nun allerdings der Meinung,
 daß das, was bisher auf diesem Gebiete sowohl hinsichtlich der
 Ausgestaltung des Gewerbeaufsichtsamts als auch hinsichtlich der
 Durchführung der Arbeiterchutzvorschriften geschehen ist, kei-
 neswegs ausreichend sei, und sie waren der Meinung,
 daß hier mehr geschehen müsse, als bisher geschehen ist.

Die Mehrheit der Kommission hat sich auf den
 Standpunkt der Antragsteller nicht gestellt. Die Mehrheit der
 Kommission — ich habe ja zunächst im Auftrage der Kommission
 zu berichten — stellt sich auf den Standpunkt, daß der Antrag
 abgelehnt werden solle. Der Kommissionsantrag geht also auf
 Ablehnung des vorliegenden Antrags.

Ich darf nun, da in diesem Falle der Beschluß der Kom-
 mission auf Ablehnung des vorliegenden Antrags geht, mir
 wohl noch einige Ausführungen zur weiteren Begründung
 des vorliegenden Antrags der Abg. Willi u.

Gen. gestalten. Ich will darauf hinweisen, daß diese Notwen-
 digkeit schon deshalb gegeben ist, weil gerade im Hinblick auf
 die kurze Art der Behandlung dieser Arbeiterchutzanträge im
 letzten Landtag in den Kreisen der Arbeiterchaft, insbesondere
 in den Kreisen der Bauarbeiterchaft, eine weitgehende
 Mißbilligung Platz gegriffen hat. Wenn man die Ver-
 hältnisse, wie sie tatsächlich liegen, in Berücksichtigung zieht,
 so wird man dieser Mißbilligung, die einmal vorhanden ist,
 nicht die Berechtigung abspornen können. Es liegen ja auch
 heute wieder die Dinge so, daß diese Anträge, die dem besseren
 Schutze der Arbeiterchaft dienen sollen, jetzt wieder zwischen
 Tür und Angel ihre Erledigung finden müssen, daß eine aus-
 reichende Beratung dieser Anträge nicht möglich ist.

Ich habe schon im Späthjahr des verfloffenen Jahres Ver-
 anlassung genommen, darauf hinzuwirken, daß in verschiedenen
 Städten unseres Landes gerade in bezug auf die Handhabung
 der Baukontrolle und auf die Durchführung der Arbeiterchutz-
 vorchriften für das Baugewerbe Kontrollen durch Ar-
 beiter vorgenommen worden sind, und es hat sich da überall
 ergeben, daß doch an all den Orten, an denen solche Kontrollen
 vorgenommen wurden, recht bedauerliche Mißstände zutage ge-
 treten sind. Ich will darauf verweisen, Ihnen das Material
 aus den einzelnen Städten hier vorzutragen; ich will Ihnen
 nur einige Beispiele aus dem Material geben; das gesamte
 Material werde ich dann später dem großh. Ministerium über-
 weisen. Es ist hoffentlich möglich, bei der Beratung der künf-
 tigen Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter dieses Material
 mit in Berücksichtigung zu ziehen und dafür zu sorgen, daß eine
 gründliche Besserung und Aenderung dieser bedauerlichen
 Verhältnisse Maß greift.

Ich will hier als eines der Beispiele dasjenige aus
 Acheru anführen. Da wird in dem Ergebnis der Baukon-
 trolle vom 14. Dezember berichtet; daß auf dem Krankenhaus-
 neubau, der bereits unter Dach war, die Baubude nicht in Or-
 dung war, es fehlten dicke Seitenwände, Fußböden, Tisch
 und Bank sowie der Ofen. Die Arbeiter hatten sich in der Mitte
 der Bude ein offenes Feuer gemacht und verzehrten in Rauch
 und Qualm ihr Mittagbrot. Ein Abort hatte nur eine halbe
 Rückenwand. Vom Umbau des Elektrizitätswerks wird berichtet:
 Es ist keine Baubude vorhanden, die Arbeiter mußten in einem
 schmalen Raum des Messelhauses ihr Mittagbrot fressend ver-
 zehren. Ich meine, derartige Zustände auf einem derartigen
 Bau sind jedenfalls tadelnswert. Man verlangt sonst überall,
 daß eine ordentliche Baubude eingerichtet ist, man verlangt, daß
 die Arbeiter ordentliche Sitzgelegenheit haben, ordentliche Ge-
 legenheit haben, ihre Maßregeln einzunehmen.

Von Freiburg wird berichtet: Die vorgenommene Kon-
 trolle hat ergeben, daß auch nicht ein einziger Neubau vorhanden
 ist, an welchem die Bestimmungen voll durchgeführt werden. Die
 Mißstände, welche hierbei festgestellt wurden, spotten teilweise
 jeder Beschreibung. Im einzelnen wird dann festgestellt: Ge-
 nügend brauchbares Gerüstmaterial war nur in einem Bau;
 an einem Bau war ein unvorschriftsmäßiges Bogengerüst; bei
 acht Bauten war nicht annähernd genügend brauchbares Ge-
 rüstmaterial vorhanden. Zwei Bauten waren im Kräfte Ge-
 rüstmaterial vorhanden, und sonstige näheres nicht mehr fest-
 gestellt werden. Genügend abgestiftet und verschwert war in keinem der 12 Bau-
 ten. Geländer und Sockelbretter sind nur auf einem Bau an-
 gebracht, bei 4 Bauten fehlen sie vollständig und bei 7 Bauten
 zum größten Teil. Unter dem Gerüst, auf welchem gearbeitet
 wird, befindet sich an 11 Bauten überhaupt kein abgedecktes
 Gerüst und an einem Bau nur stellenweise. Leberband gemauert
 wurde nur an einem Bau, aber auch da ohne Anbringen eines
 Panzergerüsts. Nun kommen die verchiedenen anderen Be-
 schwerden, die sich auf Baubuden usw. beziehen. Ich will diese
 Dinge übergehen, um nicht die Zeit des hohen Hauses in unge-
 billiger Weise in Anspruch zu nehmen. Aber einiges möchte
 ich Ihnen noch mitteilen über die Folgen dieser unzulänglichen
 Durchführung der bestehenden Vorschriften.

Aus Freiburg wird ferner berichtet: Am Neubau der
 Universität erfolgte ein Gerüstbruch, durch welchen 3 Steinhauer
 mitgerissen wurden. Einer der Abgestürzten mußte auf lange
 Zeit ins Krankenhaus aufgenommen werden; die Ursache:
 schlechtes Gerüstmaterial. Am gleichen Neubau stürzte ein
 Dachbinder und rief zwei seiner Nebenarbeiter mit in die Tiefe;
 während zwei mit dem Schrecken davon kamen, mußte der dritte
 längere Zeit im Krankenhaus zubringen; Ursache: Nichtanfe-
 len. Am selben Bau erfolgte ein weiterer Gerüstbruch, wobei
 ein verheirateter Zimmermann totstürzte; Ursache: schlechtes
 Gerüstmaterial. Ich will mich auf diese wenigen Beispiele be-
 schränken. Ich habe hier noch eine ganze Reihe von Unfalls-
 fällen und ihren Folgen dargestellt. In allen diesen Fällen
 ist die Ursache die mangelhafte Durchführung der bestehenden
 Schutzvorschriften. Die mangelhafte Durchführung dieser
 Schutzvorschriften ist aber wieder zurückzuführen auf die mangel-
 hafte Kontrolle.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß bis zu einem gewissen
 Grad bereits den Wünschen der Antragsteller stattgegeben ist,
 daß bei der Bauaufsicht Leute, die aus Arbeiterkreisen hervor-
 gegangen sind, tätig sind, so beweisen eben die Tatsachen, die
 hier festgestellt worden sind, daß eben auch diese Leute, die hier
 tätig sind, keineswegs in der Lage sind, dafür zu sorgen, daß
 die bestehenden Vorschriften, die an sich schon unzulänglich sind,
 in der nötigen Weise durchgeführt werden. Und recht eigen-
 tümlich muß es dann berühren, wenn man die Notwendigkeit aus den
 Kreisen der Unternehmer hört. Ich habe hier den Bericht über
 eine Sitzung des Landesverbandes badischer Bau-
 und Maurermeister, der in Freiburg tagte. Hier
 beklagen sie sich über die „rigorose“ Ausübung der Baukontrolle
 seitens der städtischen Bauaufseher. Es wird darüber geflagt,
 daß man hier in ganz rigoroser Weise vorgehe, daß man die

„Arbeitgeber schikanieren“ seitens der Baukontrolleure usw.
 Wenn man da hört, was aus den Kreisen der Arbeiter laut
 wird, dann kann von Schikane wirklich keine Rede sein.

Man hat seinerzeit bei einer Konferenz in Mannheim,
 die beim dortigen Bezirksamt stattgefunden hat, selbst auch
 von Seiten eines Baumeisters und selbst auch von Seiten des
 Vorsitzenden jener Konferenz zugegeben, daß tatsächlich die
 Bauaufsicht der Baukontrolleure man mal
 sehr viel zu wünschen übrig ließe, daß sie insbeson-
 dere draußen auf dem Lande sehr zu wünschen übrig lasse.
 Wenn wir uns diese Tatsache vor Augen halten — und sie können
 einmal nicht bestritten werden — dann muß doch zugegeben
 werden, daß hier schwere Mängel bestehen und daß der Antrag,
 der uns heute hier vorliegt, durchaus berechtigt ist, und ich
 kann nur bedauern, daß sich in der Kommission keine Mehrheit
 für diesen Antrag gefunden hat. Ich begrüße durchaus, wenn
 sich seitens des großh. Ministeriums beabsichtigt wird, auf dem
 Wege einer Revision der bestehenden Verordnung bessere
 Zustände zu schaffen. Ich möchte dabei insbesondere aber dem
 Wunsch Ausdruck geben, daß man, ehe diese Verordnung in
 Kraft tritt, auch Arbeiter, auch Vertreter der Ar-
 beiterchaft darüber hört, ähnlich, wie das früher schon ein-
 mal geschehen ist. Man hat im Jahre 1909 eine Konferenz der
 Bauarbeiterchutzkommissionen unseres Landes abgehalten, an
 welcher auch ein Vertreter der Regierung teilgenommen
 hat. Ich möchte wünschen, daß auch bei der Durchberatung
 dieser Verordnung Leute aus Arbeiterkreisen zuge-
 zogen werden, damit auch die Meinung der Arbeiter dabei zur
 Geltung kommt und möglichst Rücksicht auf die durchaus be-
 rechtigten Wünsche der Arbeiter genommen wird.

Ich habe noch weiteres Material zur Verfügung, das ich
 hier insbesondere durch photographische Aufnahmen habe herbei-
 beschaffen lassen aus einem Gebiet, in dem der Steinhauer-
 betrieb vorherrschend ist, und hier finden wir — Sie können
 sich durch die Photographien, die ich hier niederlege, selbst da-
 von überzeugen — welche Mängel hier noch bestehen, in wie
 ungenügender Weise hier auf den vor allem so notwendigen
 Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter Bedacht ge-
 nommen ist. Ich will mich unter Rücksichtnahme auf die vor-
 handenen Wünsche darauf beschränken, Ihnen diese Photo-
 graphien zur Verfügung zu stellen und mich jeder weiteren Aus-
 führung darüber enthalten. Diese Dinge, die Sie hier sehen
 können, sprechen ganz von selbst für die Notwendigkeit eines
 genügenden Bauarbeiterchutzes, und ich will nur noch hinzu-
 fügen, daß diese Photographien aufgenommen worden sind
 wenige Tage nachdem in diesen Betrieben eine Kontrolle vorge-
 nommen worden war.

Wenn wir uns vor Augen halten, daß in einer Stadt wie
 Freiburg eine ganze Reihe von Mißständen auf den Bauten
 festgestellt werden konnten, obwohl dort Bauaufseher tätig sind,
 wenn wir uns vor Augen halten, daß an den verschiedenen
 Orten des Landes Leute in der Bauaufsicht stehen, die wohl aus
 den Kreisen der Arbeiterchaft hervorgegangen sind, die aber
 diese Mißstände nicht fanden, die jetzt durch einfache Arbeiter
 festgestellt worden sind, so ist damit wohl ein Beweis dafür ge-
 liefert, daß diese Behörde, wie sie jetzt gestaltet ist, in keiner
 Weise genügt. Ich erinnere dabei an den Beschluß und den
 Antrag, der enthalten ist in der von der Bauarbeiterchutzkom-
 mission Badens seinerzeit eingereichten Petition. Dort ist ver-
 langt, daß bei jedem Bezirksamt ein aus Arbeiterkreisen
 hervorgegangener Bauaufseher angestellt werden soll. Man er-
 wartet davon eine Besserung der bestehenden Verhältnisse. Ich
 habe auch die Überzeugung gewonnen, und wir haben das auch
 heute durch die Tatsache bewiesen, daß hier im ganzen Lande
 ein ganz große Anzahl von Mißständen durch die Kontrolle
 seitens der Arbeiter festgestellt wurden, die von den angestell-
 ten Bauaufsehern und Baukontrolleuren nicht gefunden wur-
 den. Und ich meine, die verschiedenen Unfälle, von denen ich
 einige wenige Beispiele gegeben habe, gerade auch vom Unfalls-
 fallsneubau in Freiburg, hätten nicht passieren können, wenn
 eine genügende Aufsicht vorhanden gewesen wäre, wenn die
 Leute, die die Aufgabe und die Verpflichtung hatten, dort diese
 Bauten zu kontrollieren, mit der nötigen Sachkenntnis und mit
 der nötigen Energie vorgegangen wären. Ich meine, dann
 wären diese Unfälle wohl vermieden worden. Denn man kann
 nicht sagen, daß es unmöglich sei, zu erkennen, wo schlechtes
 Gerüstmaterial oder ungenügendes Gerüstmaterial verwendet
 worden ist. Das kann man leicht finden, wenn diejenigen Leute
 vorhanden sind, die dazu den guten Willen und die nötige
 Kenntnis haben.

Ich will nicht bezweifeln, daß da und dort die Bauaufsichts-
 beamten ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Umfange tun.
 Aber es gibt auch Baukontrolleure und Bauaufsichtsbeamte,
 von denen man vermöge ihrer sozialen Stellung gar
 nicht voraussetzen kann und nicht voraussehen darf, daß sie dem,
 was hier notwendig ist, in vollen Maße Rechnung tragen.
 Wenn wir berücksichtigen, daß unter den mit praktischer
 Ausbildung versehenen Aufsichtsbeamten eine ganze Anzahl
 von Maurermeistern, von Zimmermeistern, von Steinhauermeis-
 tern sich befindet, wenn wir andererseits in Betracht ziehen,
 daß Ortsbaukontrolleure, Stadtbaumeister usw. mit der Bau-
 aufsicht betraut sind, so werden wir speziell aus dieser Tatsache
 erkennen, daß diese Bauaufsicht nicht genügen kann. Über-
 gibt man die Kontrolle über die Durchführung der Schutzvor-
 schriften einem Maurermeister, einem Zimmermeister, so liegt
 es in der Natur der Verhältnisse, daß hier nicht in der genü-
 genden Weise auf die Durchführung dieser Vorschriften geachtet
 wird. Belastet man etwa einen Ortsbaukontrolleur, einen
 Stadtbaumeister mit diesen Aufgaben — wir wissen ja, diese
 Herren sind mit einer ganzen Anzahl sonstiger Aufgaben in
 der Durchführung der Bauvorschriften betraut, und sie haben

350
200
45
Anzeigen
Horning
Kass
Zanetti
Handelshaus
Wohnung

manchmal gar nicht die nötige Zeit, um sich auch die Beaufsichtigung der Arbeiter durch die Behörden in der nötigen Weise angelegen sein zu lassen — wenn man das aber weiß, dann ist es meines Erachtens eine Pflicht der Regierung und auch eine Pflicht der Volksvertretung, dafür zu sorgen, daß in dieser Richtung eine gründliche Besserung Platz greift.

Denken Sie an das Elend, denken Sie an die Not, die in einer Arbeiterfamilie Platz greift, wenn der Ernährer der Familie seine Arbeitskraft, seine Gesundheit verloren hat infolge ungenügender Durchführung bestehender Vorschriften, wenn sich zeigt, daß bestehende Vorschriften nicht ausreichen! Ich meine, da kann und darf man sich der Verpflichtung, eine Besserung dieser Zustände anzustreben, nicht verschließen, da muß man mit aller Energie darauf dringen, daß die von der Arbeiterchaft gewünschte Besserung dieser Verhältnisse eintritt. Ich weiß, daß hinter diesem Wunsch die gesamte arbeitende Bevölkerung unseres Landes steht, und ich möchte hoffen und wünschen, daß seitens der Regierung diesem durchaus berechtigten Verlangen Rechnung getragen wird. Und ich bedaure nur, daß nicht auch unsere Kommission sich auf diesen Standpunkt gestellt hat, ich bedaure, daß nicht eine Mehrheit in der Kommission sich gefunden hat, die unseren Antrag unterstützt hat.

Ich möchte nochmals an das hohe Haus die Mahnung richten: Treuen Sie den Antragstellern bei, sorgen Sie durch die Zustimmung zu unserem Antrage dafür, daß die Regierung angefordert wird, auf dem Gebiete mehr als bisher zu tun, daß dem berechtigten Verlangen der Antragsteller, das zugleich das Verlangen der gesamten arbeitenden Bevölkerung unseres Landes ist, in tunlichster Weise Rechnung getragen wird, damit wir auf diesem Gebiete andere und bessere Zustände bekommen. Ich meine, das ist nicht nur ein Recht, das die Arbeiterchaft für sich in Anspruch nimmt, damit erfüllen sie auch eine Pflicht gegen sich selbst, und man darf vom Staate und von der geachteten Körperschaft verlangen, daß auch sie dieser Verpflichtung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung sich bewußt werden.

Wie bereits in unserm Landtagsbericht mitgeteilt wurde der erste Teil des sozialdemokratischen Antrags abgelehnt, der zweite Teil angenommen.

Wie die Offizierspensionen gewachsen sind.

Nichts charakterisiert die Art und Weise, in der der Moloch mit den Großen der Steuerzahler umgeht, besser als ein Vergleich der Offizierspensionen von früher und jetzt. Nachstehende Tabelle gibt darüber Auskunft. Es erhält Pension:

Ein vor dem 1. 4. 1897	M	Ein nach dem 31. 3. 1908	M
penf. Kommand. General	16 498	penf. Kommand. General	19 485
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Divisionskommandeur	11 572	penf. Divisionskommandeur	13 470
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Brigadefeldwebel mit 36 Dienstjahren	8 176	penf. Brigadefeldwebel mit 36 Dienstjahren	9 863
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Regimentskommandeur mit 33 Dienstjahren	5 906	penf. Regimentskommandeur mit 33 Dienstjahren	7 200
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Bataillonskommandeur mit 29 Dienstjahren	3 701	penf. Bataillonskommandeur mit 29 Dienstjahren	5 154
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Hauptmann mit 26 Dienstjahren	2 599	penf. Hauptmann mit 26 Dienstjahren	3 885
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Oberleutnant mit 14 Dienstjahren	674	penf. Oberleutnant mit 14 Dienstjahren	1 395
Ein vor dem 1. 4. 1897		Ein nach dem 31. 3. 1908	
penf. Leutnant mit 10 Dienstjahren	487	penf. Leutnant mit 10 Dienstjahren	996

Man sieht, wie auch hier aus dem Vollen geschöpft wurde. Die größte Aufbesserung haben natürlich die Pensionisten erhalten, die überhaupt keine Erhöhung gebraucht hätten, nämlich die kommandierenden Generale und Divisionskommandeure. Auch bei den Brigadefeldwebeln war eine Aufbesserung vollkommen überflüssig. Ein Brigadefeldwebel, der mit 36 Dienstjahren verabschiedet wird, ist erst 55—56 Jahre alt, steht also in einem Alter, in dem Zivilisten im allgemeinen noch lange nicht

an das Privatleben denken. Hier wäre eine Pension von 8176 Mk. gewiß genügend gewesen. Ein Regimentskommandeur mit 32 Dienstjahren ist 51—52 Jahre alt. Er hat jetzt eine Pension von 7200 Mk. Die Staatsbeamten, die in einem solchen Alter 7200 Mk. als Ruhegehalt beziehen, sind dünn gesät. Ein pensionierter Major mit 48—49 Jahren steht jetzt ein Ruhegehalt von 5154 Mk. ein. Wird er 70 Jahre alt, so muß ihm das Volk die Pension 21 Jahre bezahlen. Ein Hauptmann bezieht jetzt schon mit 45—46 Jahren eine Pension, die um nahezu 200 Mk. höher ist als die Pension eines im Jahre 1896 verabschiedeten Bataillonskommandeurs von 48—49 Jahren. Er hat um 1300 Mk. mehr als ein gleichaltriger Hauptmann, der das Pech hatte, vor dem 1. April 1897 pensioniert zu werden. Ein Leutnant mit 10 Dienstjahren bezieht jetzt eine um 322 Mk. höhere Pension als ein im Jahre 1896 verabschiedeter Oberleutnant mit 14 Dienstjahren.

Trotz der bedeutenden Erhöhungen der Offizierspensionen suchen die Bundesstaaten, voran natürlich Preußen, die pensionierten Offiziere in den Ortskrankenkassen, in den Versicherungsämtern und in anderen Sparten nach Kräften unterzubringen. Und die Zivilisten, die keine Pension beziehen, haben das Nachsehen.

Durch die letzte Militärvorlage, die mehr als 1000 neue Offiziersstellen schuf, wird die Kalamität nur noch größer werden, denn die große Säge arbeitet natürlich gerade so weiter wie bisher. Vielleicht schlägt sie sogar ein noch schnelleres Tempo ein. Aber trotzdem die Zivilisten vom Militarismus so schön in die Ecke gestellt werden, liegen sie, sofern sie nicht sozialdemokratisch „infiziert“ sind, vor dem zweierlei Luch auf dem Bauch.

Deutsche Politik.

Der verhungerte Veteran. Berliner bürgerliche Blätter melden:

„Auf dem Spielplatz in der Düsseldorf Straße hat gestern nachmittag ein hochbetagter Kriegsveteran den Hungertod erlitten. Franz Wilhelm Drug heißt der Mann, dem es so schlecht ging, daß er keine Wohnung hatte und nicht mehr so viel Geld besaß, um seinen Hunger zu stillen. Ein dem Spielplatz gegenüber wohnender Oberleutnant Herr v. D. hatte ihn vormittags sich mühsam hinzuschleppen sehen, aber nicht daran gedacht, daß vielleicht Entkräftung daran schuld sei. Am Nachmittag schaute Herr v. D. wieder aus dem Fenster und sah, wie der Greis umfiel. Renschnliche Hilfe kam zu spät. Der Veteran hatte ausgeblutet. Seine Brust schmückten mehrere Auszeichnungen, darunter die Medaille von Mars la Tour.“

Den sozialdemokratischen Antrag, die alten hilfsbedürftigen Veteranen ausreichen zu unterstützen, haben im Reichstag bürgerliche Parteien und Regierung einmütig abgelehnt. Was brauchen die alten Leute Brot, sie haben ja Kreuze und Medaillen, mit denen das „dankbare Vaterland“ sie „ausgezeichnet“ hat.

Das neueste Machwerk des Reichsverbandes wird in der rechtsstehenden Presse durch folgenden Witzstich zur Kenntnis gegeben:

Ein neues Flugblatt des Reichsverbandes. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß schon das bloße Vorhandensein der Sozialdemokratie ein Hindernis für den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse ist. Beispielsweise würde es sehr wohl möglich sein, eine Verfürgung der Arbeitszeit einzuführen, wenn nicht die Sozialdemokratie den Arbeitern fortgesetzt predigte, dem Arbeitgeber nicht ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Darunter muß nocheder die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie leiden, und jede Schädigung der Industrie muß andererseits wieder eine Schädigung der Interessen der Arbeiter selbst zur Folge haben. Diese die deutsche Arbeiterchaft aufs schlimmste bloßstellende Klassenkampfpolitik der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften schadet ein früherer Arbeiter, der selbst unter dem Terrorismus der Genossen schwer gelitten hat, in einem Flugblatt (N. 168) des Reichsverbandes, das den Titel führt: „Sozialdemokratie und Verfürgung der Arbeitszeit“.

Soviel Worte, ebenjodel Heuchelei und Demagogie! Offenbar soll mit dem Flugblatt die Hetze gegen die rheini-

schen Metallarbeiter eingeleitet werden, die ihre Arbeitszeit verkürzen wollen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen! Nicht nur in der sozialdemokratischen, sondern auch in einem Teil der bürgerlichen Presse hat die Nachricht, daß im Ruhrrevier Säuglinge die Gefängnishaft ihrer wegen Verleumdung Arbeitswilliger bestrafften Mütter teilen mußten, weil den Frauen ein Strafausschub nicht gewährt wurde, Empörung erregt. Aber die Organe, die den christlichen Streikbrechern nahesteher, bringen solviel menschliches Gefühl nicht auf. Sie kennen nur das Gefühl des Hasses gegenüber allem, was zu den wirklichen Vertretern der Arbeiterchaft gehört. So schreibt die auf dem Boden des Zentrums stehende „Westdeutsche Volkszeitung“ in Gagen in einer Polemik gegen die „Frankfurter Zeitung“:

Die Bochumer Frau kann sich wirklich über Gärte nicht beklagen, wenn ihr gestattet wurde, ihr fünf Monate altes Kind bei sich zu behalten, und wenn sie nach ihrem eigenen Geständnis dreimal täglich Milch erhielt. Wenn sie für ihr Kind besser sorgen wollte, dann hätte sie sich anständig betragen sollen, dann wäre sie nicht bestraft worden. Verleumdungen durch Jurufe wie „Ferkel“ gehören Gott sei Dank noch nicht zum Wortschatz der anständigen Leute. Daß ein bürgerliches Blatt solche moralische Umwertung mitmacht, das ist traurig.

Das sind echt christliche Töne und es ist weiter kein Wunder, daß die in der christlichen Liebe hinter dem Herkulesblatt nicht zurückstehende „Deutsche Tageszeitung“ diese Auslassungen voller Verfriedigung wieder gibt. Vielleicht werden die Frommen noch beanlassen, daß des Nazareners Wort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ in Zukunft über den Türen der Gefängnisse statt über den Eingängen von Waisenhäusern usw. angebracht wird.

Oppersdorf kontra Erzberger. In der neuesten Nummer des Organs des Grafen Oppersdorf, „Wahrheit und Klarheit“, wird der Zentrumsabgeordnete Erzberger förmlich gestäubt. „Julius“, dessen Pseudonym Erzberger förmlich gestäubt hat, attestiert ihm, daß er gelogen und verleumdet habe. Schließlich wiederholt „Julius“ die Fragen, die er bereits vor 14 Tagen stellte:

„Was müßte der Brabe erst sagen, wenn ich von ihm das Urteil über einen Abgeordneten erböte, der, im Herbst 1911, als der hiesigen Eiser, der die Engländer schimpft, nachher, als er englische Aktionäre für ein Unternehmen haben möchte und sein Name als Hintergrund genannt wird, erklären läßt, daß er der größte Engländerfreund sei und, nachdem das Geschäft sich trotzdem zerschlagen, wieder schimpft (post hoc, non propter hoc)? Was von einem der Mitglieder, angesehenen Mitglieder der Fraktion, in der er sitzt, als „charakterlos“ (und sehr viel härter noch), Herr Julius nachdem als „falsch und doppelgüngig“, Herr Eisele als „persönlicher Nachfuch“ zugänglichen Mann, Herr Professor Spahn als Lügner hinstellt und sich auch über Herrn Reich recht viel schärfer ausspricht, als ich, der letzte der Sterblichen, der für seine Offenheit in den Orlus soll? Der über Minister und Geheimräte, mit denen er nachher friedlich patierte, nicht günstiger denkt? Und der, ehe noch der Mond sein Antlitz einmal zu erneuert vermochte, zweimal über eine der bishigen Fragen der Reichspolitik genau entgegengesetzte Meinungen vortrug. Einen solchen Abgeordneten kann ich ihm nennen.“

„Julius“ gibt nun deutlich zu erkennen, daß dieser vielseitige Politiker der Abgeordnete Erzberger selbst ist! Herr Erzberger, der wissen müßte, daß diese Andeutungen auf ihn gemünzt waren, ging mit keinem Wort darauf ein, sondern begnügte sich damit, „Julius“ als einen neuen Schwindler Leo Larix zu kennzeichnen. Graf Oppersdorf bringt seinem Mitarbeiter tapfer bei und sagt schließlich:

„Hier gilt die Alternative: Dem simplen Ignoranten das wohlverdiente Gelächter, dem Fälscher aber der Pranger. Ich frage die Unständigen und Besonnenen aller Parteien: Kann man frivol polemisieren und ehrschnneiden, als es hier geschehen?“

Herr Erzberger wird einer Beantwortung der an ihn gestellten tückischen Fragen natürlich auch weiterhin auf dem Wege gehen und da die Gegenseite sich nicht unterliegen lassen wird, wird noch weit eflerer Gestank dem schwarzen Sumpf entsteigen.

Hans Dampf in allen Gassen.

Erzählung von Heinrich Schecke.

(Fortsetzung.)

Hans Dampf sah wetterschnell dem Bürgermeister vor der Nase. Der Stadtschreiber behauptete und schrie sich dabei das Gesicht kirchbraun, Hans Dampf habe ihn vom Platze verdrängt. Es war umsonst. Gleich wie Hans Dampf hatten auch andere sich von hinten hervorgemacht. Nun gab es ein erschreckliches Stößen, Keifen und Sturmleusen unter Flüchen und Beschwörungen und Bitten und Seufzen, still zu sein.

Unter diesen tumultuarischen Bewegungen ward dem Bürgermeister am übelsten zu Mut; denn gegen ihn drängte sich, als zum Mittelpunkt, alles von allen Richtungen her. Da sah er den großen Entschluß, durch sein Ansehen den Sturm verstümmen zu machen. Mit majestätischem Unwillen stand er auf und stieg, damit er über die Menge hervorrage, auf seinen Stuhl. Indem er aber die donnernde Stimme mit gerechtem Zorn erheben wollte, fuhr ihm durch einen unehrerbietigen Stoß des Gedränges der konsularische Thron unter den Beinen hinweg und er selbst mit dem fürstlichen Briefe, wie eine stürzende Eide über niederes Gesträuch, in die ringende Menge hinab. Seine Perücke, die reichlich mit Puder und Pomade das Antlitz des Oberzollverwalters färbte und demselben schier das Licht der Augen raubte, ward von diesem im Zorn erfasst und in eine Trutz- und Schutzwaffe verwandelt. Ihr Anblick und ihre Wirksamkeit reizte zu unseligen Nachahmungen des gegebenen Beispiels. Bald war keine Perücke mehr auf dem Kopfe sicher; eine um die andere flog empor über die Häupter der Menge, gleich einer Bornrite und verbreitete Gewölke um sich in der Höhe, Schmerzen und Petergeschrei der Betroffenen in der Tiefe.

In dieser traurigen Verwirrung der Dinge reifte plötzlich die große, lange vorbereitete Verschwörung gegen des Stadtschreibers Kopf. Der Ratscherrn einer, seines Handwerks ein Schneider, zog die Schere und verfolgte, damit

den Stadtschreiber, welcher wie eine langgeschwänzte Rabe in dem Getümmel umherfuhr. Im Hui war der Kopf glatt am Kopfe weg, ohne daß Herr Muder nur eine Ahnung von seinem Unstern hatte, bis er einen Sieb damit über das Gesicht bekam. Denn ein anderer hatte dem heimtückischen Schneider die Trophäe entrisfen und, weil sie die Länge von anderthalb Ellen haben mochte, sich ihrer wie einer Reitpeitsche bedient.

Als der Stadtschreiber seinen Garzopf in fremder Gewalt sah und sich durch einen schnellen Griff in den Nacken vom ewigen Verlust dieses Kleinods überzeugt hatte, erhob er jammernd und die Augen voll Tränen die Hände gen Himmel und rief dessen rächende Blize auf das Haupt des Frevlers herab. Er würde sich nicht halb so sehr gerämt haben, wäre ihm statt des Jopfes der Kopf selbst gestohlen worden. Sein Geheil war so übermenschtlich, daß die ganze Ratsversammlung darüber mitten im Kampf erstarrte, alle Fehde vergaß und den Unglückseligen schweigend umringte. Wie man aber wahrnahm, daß ihm weder Arm noch Bein, sondern der ohnehin statuten- und amtswidrige Jopf fehlte, lächelte jeder schadenstrob, lieferte friedlich die Perücken, wo sie liegen mochten, an ihre Verhörde und nahm den alten Fass auf den Ratsbänken ein.

Der Bürgermeister schüttelte wegen der vorgefallenen Unordnungen sehr mißvergüht das Haupt, welches unter der struppigen Perücke einem wahren Medusen- oder Titusshaupt ähnlich geworden. Doch dergleichen lebhaft Debatten gehörten in Valenburg keineswegs zu den unerhörten Dingen; daher machte man auch diesmal nicht viel Wesens daraus. Man erkannte darin nichts als Außerungen bürgerlicher Freimütigkeit und republikanischen unbesangenen Sinnes. Jeder brachte sein eigenes Haar zurecht und hielt, was an den Kleidern zerrissen sein mochte, einstweilen mit den Fingern zusammen. Der Stadtschreiber legte seinen entfeitelten Jopf neben Scherben und Kockkopf auf den Tisch, seine Tränen ins bunte Schnupftuch drückend. Jeder erwartete mit neuer Anbacht die Vorlesung des fürstlichen Briefes. Dieser war während des Gewühles und Gezerrns in viele Fetzen zerrissen worden. Man sammelte sorgfältig die zerstreuten Papierfückchen auf, legte sie vor den Bürgermeister ehrerbietig

hin und überließ seiner Weisheit, daraus das übrige zu erschen.

Das war nun schwer und so mannigfaltig auch die Stüchden nach allen Richtungen zusammengelegt wurden, kam doch nichts Ganzes heraus. Man las nur einzelne Worte ohne Zusammenhang. Da geriet der Rat in große Not und Verlegenheit. Dreimal hielt der Bürgermeister Umfrage, was dem Fürsten von Luchenstein auf sein Schreiben geantwortet werden müsse und dreimal schüttelte die erlauchte Versammlung den Kopf. Endlich erhob sich Hans Dampf und schlug vor, seiner hochfürstlichen Durchlaucht zu melden, daß Dero Schreiben richtig und glücklich angekommen und verloren sei, daß also ein edler und wohlweiser Magistrat bitten müsse, Se. Durchlaucht wolle geruhen, noch einmal zu schreiben.

Als dieser gute Rat allgemein beliebt worden, fing Muder, der sich unterdessen noch immer mit Zusammenfügung der Briefstüchden beschäftigt hatte, an, folgende Worte aus denselben abzulesen: „Fangen — Hans Dampf — den Hund — tausend Gulden — Preis — seinen Kopf.“ Jeder horchte mit Erstaunen auf. „Hier ist“, rief der Stadtschreiber, „keine Zweideutigkeit. Hans Dampf ist da wieder im Spiel und hat einen dummen Streich gemacht, der vielleicht ganz Valenburg ins Unglück bringt. Der Fürst, wie mirs scheint, fordert, wir sollen den Hans Dampf fangen. Er nennt ihn selbst schlechthweg nur einen Hund und setzt einen Preis von tausend Gulden auf seinen Kopf. Es muß sich also dieser Hans Dampf wieder einmal ungebeten und ungerufen in Dinge gemengt haben, die ihn nichts angingen. Aber mit großen Herren ist nicht gut kirchen essen. Mein unmaßgeblicher Rat wäre: den Angeklagten einstweilen im Gefängnis zu verwahren, bis Se. Durchlaucht das zweite Schreiben überendet und dem Fürsten nachträglich zu melden, daß der läbliche und wohlweise Rat zu aller Zufriedenheit erbötig sei, auch den oft erwähnten Hans Dampf dormalen schon fest gemacht habe.“

Der Antrag des Stadtschreibers ward mit Einbilligkeit angenommen, so sehr auch Hans dagegen protestierte und versicherte, er habe mit dem Fürsten von Luchenstein nie Verkehr gehabt. Man berief die Stadtwächter, welche mit

Ausland.

Monaco.

Auch eine Thronfolgefrage. Es scheint, daß sich im Fürstentum Monaco so etwas wie ein kleiner Staatsstreik vorbereitet. Man weiß, daß der regierende Fürst Albert aus seiner ersten Ehe mit Lady Mary Douglas-Hamilton, der jetzigen Fürstin Hesterics, nur einen Sohn, den am 12. Juni 1870 zu Baden-Baden geborenen Erbprinzen Louis, besitzt, der sich bisher noch nicht entschlossen hat, in den Stand der Ehe zu treten. Die zweite, 1889 vollzogene und 1902 gerichtlich getrennte Ehe des Fürsten mit der verwitweten Herzogin Alice de Melheim, geborenen Heine, einer Großnichte des Dichters, blieb kinderlos. In diesem Winter wurden nun die Bewohner des Fürstentums Monaco — es sind ihrer 19 121 an der Zahl — dadurch überrascht, daß im „fürstlichen Hofbericht“ plötzlich eine Entfesselung des Fürsten Albert, des Souveräns der Monegasen, als „Mademoiselle de Valentinois“ auftauchte und von ihrem Kommen und Gehen, ihrer täglichen Beschäftigung berichtet wurde, als handle es sich um ein ebenbürtiges Mitglied der Dynastie. „Mademoiselle de Valentinois“ ist eine Tochter des Erbprinzen Louis, dessen Verbindung mit ihrer Mutter weder von der Kirche eingetragene, noch durch das Standesamt bestätigt wurde, und diese Mutter ist inzwischen verstorben. Der Fürst von Monaco, der unter vielen Neben titles auch den eines „Herzogs von Valentinois“ führt, scheint nun die Absicht zu haben, seine illegitime Entfesselung als Thronerbin zu erklären. Das ist auch für Deutschland nicht ganz unwichtig. Der nächste Thronanwärter des Ländchens Monaco wäre nämlich der Herzog Wilhelm von Urach, württembergischer Generalmajor und Kommandeur der 26. Kavalleriebrigade in Ludwigsburg, dessen Mutter, die Prinzessin Florestine von Monaco, eine Bayerschwester des Fürsten Albert war. Der Herzog von Urach hat jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß seine erste Handlung nach Antritt der Regierung die Aufhebung der Spielbank wäre, und das würde nicht gerade den wirtschaftlichen Ruin des Fürstentums, aber eine empfindliche Verschlechterung der materiellen Lage seiner Bewohner bedeuten, die keine Steuern bezahlen und von der Wege bis zum Grabe die schützenden Hände der Spielbank über sich ausgebreitet fühlen. Wer das Glück hat, Staatsbürger von Monaco zu sein, wird sogar umsonst begraben. Als Fürst Albert am 8. Januar 1911 eine Verfassung verabschiedete, nahm er ausdrücklich die Klausel, daß die Thronfolge beim Erlöschen des Mannestammes seines Hauses auf die weibliche Nachkommenschaft übergehen solle, darin auf, und auch der Fortsetzung seines Hauses auf dem Wege der Adoption wurden damals die Wege geebnet. Man darf sich daher nicht wundern, wenn die Welt eines Tages von der Tatsache überrascht wird, daß „Mademoiselle de Valentinois“ zur Thronerbin von Monaco erklärt und der Herzog von Urach um sein Thronrecht gebracht wird. Es wäre allerdings seit dem Mittelalter das erste Mal, daß ein illegitim geborenes Menschenkind eine Krone — und sei es auch nur eine sehr kleine und nicht sehr blanke — trägt.

Badische Politik.

„Die Kulturaufgaben leiden nicht!“

In den letzten Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß das Heidelberg Krebs-Institut vor einer schweren Krise stehe, da es bei dem außerordentlich billigen Verpflegungssatz, der nur 2,50 Mk. pro Tag beträgt einschließlich Behandlung, nicht mehr lange bestehen könne. Schon jahrelang arbeite es mit einem Defizit, das von seinem Gründer und Leiter, Professor Czerny, und seinen Freunden gedeckt wird. Czerny sei aber jetzt 72 Jahre und lege in knapp zwei Jahren sein Amt nieder. Dann entfalle für ihn die Möglichkeit, weiter für sein Institut zu sorgen. So habe er sich denn beizeiten nach Unterstützung umgesehen. Schon 1906 habe er in Homburg dem Kaiser Vortrag über das neue Institut gehalten. Auch sei er beim Reichskanzler um Unterstützung vorstellig geworden. Beide Versuche seien aber vergeblich gewesen. Auch die neu gegründete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die doch der Unterstützung selbständiger Forschungs-Institute dienlich sein sollte, habe eine Unterstützung des Heidelberg Krebs-Instituts abgelehnt, und so liege die Gefahr vor, daß mit dem Institut eine Quelle wissenschaftlicher Erkenntnisse, die bisher für die leidende Menschheit so segensreich geflossen, verfliegen werde. Was die erwähnten Schritte Czernys zur Sicherung seines Unternehmens betrifft, so hat er sie, wie die „Frfr. Zeitung“ von kompetenter Seite erfährt, tatsächlich getan, aber ohne Erfolg. Er wurde darauf hingewiesen, daß das

Heidelberg Institut der Universität angegliedert sei, also der Förderung des badischen Staates unterliege und vom Reich nicht unterstützt werden könne. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aber förderte die Krebsforschung dadurch, daß sie jetzt selbst ein Krebs-Institut gründe. Da einer Unterstützung der Heidelberg Anstalt durch das Reich also formelle Gründe gegenüberstehen — einen von der erwähnten Korrespondenz angedeuteten Hinweis auf die politisch vielleicht mißliebige Persönlichkeit Czernys möchte sich die „Frfr. Ztg.“ nicht gern zu eigen machen —, so wird es, meinen bürgerliche Blätter, nun hoffentlich das badische Land als eine Ehrenpflicht ansehen, das Samariterwerk nicht untergehen zu lassen.

Das letztere möchten auch wir hoffen, und wir empfehlen deshalb der Regierung, zunächst einmal dem Heidelberg Institut die 23 000 Mk. zuzuwenden, die der badische Staat künftig an der Münchener Gesellschaft spart. Dort sind sie jedenfalls besser angewendet als für den Zweck, dem sie bisher dienten; und wenn sie nicht ausreichen sollten, so wäre es unserer Regierung sicher ein Leichtes, noch einige zehntausend Marklein für die Krebsforschung flüssig zu machen und damit einer wissenschaftlichen Sache zu dienen, deren Förderung für die ganze Menschheit von der allergrößten Bedeutung ist. Daß das Reich sich vor dem Eruchen Professor Czernys um eine Unterstützung auf den rein formalen Standpunkt der Unzuständigkeit zurückzieht, das ist doch weiter nichts als eine Ausflucht, bei welcher der oben angebotene Verdacht, daß man Professor Czerny seine bekannte Aeußerung über die Notwendigkeit des Reichsgroßbros der Linken gegen die Schwarzblauen bei dieser Gelegenheit entgelten lassen will, allerdings sehr nahe liegt. Daß unser „herrliches“ Reich mit seinem Dreimilliardenbudget, in dem wir mindestens die Hälfte für Landesverteidigungszwecke aufwenden, nicht lumpige 100 000 Marklein übrig haben soll, um einem der berühmtesten Krebsforscher sein Lebenswerk fördern zu helfen, das ist eine äußerst beschämende Feststellung, die die Behauptung unserer Gegner, die Kulturaufgaben litten nicht unter den schweren Militär- und Marinelasten, treffend beleuchtet.

Mit der Konstanzer Presseangelegenheit

beschäftigt sich auch die „Karlsruher Zeitung“, indem sie dabei Mitteilung von der Verichtigung der Konstanzer Pressevertreter und dem Mündchreiben des geschäftsführenden Ausschusses des Landesverbandes badischer Redakteure macht. Am Schlusse seiner Veröffentlichung schreibt das Regierungsorgan: „Es wäre doch sehr zu wünschen, wenn der unersüßliche, vom nationalen Standpunkt zu beklagende Streit beendet würde. Daß nach den neuesten Vorgängen der Militärvereinsverband die ersten Schritte zu einer Beilegung des Konflikts zu tun hätte, kann wohl keinem Zweifel unterliegen.“

Der beleidigte Zentrumskaplan.

Im März dieses Jahres haben im „Sädinger Tagblatt“ die Herren Fabrikant Berberich, M. Thoma zum „Kopi“ und Oberförster Spitzmüller gegen den Vikar und Redakteur des „Sädinger Volksblatt“, Herrn Berger, eine öffentliche Erklärung publiziert. Dieselbe schließt mit dem folgenden, den Herrn Vikar schwer belästigenden Satze:

„Mit der Person des Herrn Redakteurs und Vikars Berger werden wir uns so lange nicht beschäftigen, bis er den Nachweis erbracht hat, daß der ihm von der Presse nun schon wiederholt gemachte Vorwurf, „er habe unter Eid die Unwahrheit gesagt“, widerlegt ist.“

Die Erklärung hatten wir in unserer Nummer vom 26. März ds. Jrs. ebenfalls abgedruckt und daran die Bemerkung geknüpft: „Vikar Berger wird zu dieser für einen Briefsteller geradezu ungeheuerlichen Aufschuldigung unmöglich schweigen können. Eine Beleidigungsfrage gegen die Unterzeichner der obigen Erklärung würde ihm die Möglichkeit geben, sich von dem schweren Vorwurf des Meineids zu reinigen. Die Herren Geistlichen sind doch gleich mit Klagen bei der Hand und verfolgen ihre Widerfacher bis unter die Haustüre. Warum haben „Dochwoirden“ Berger auf einmal eine Nilpferdhaut?“ Andere Zeitungen haben die Sache in ähnlicher Weise kommentiert. Herr Vikar Berger hatte aber keine „Nilpferdhaut“

und flagte. Aber er flagte nicht etwa gegen die oben genannten Unterzeichner der öffentlichen Erklärung, sondern gegen die Redakteure der Blätter, die in der Behandlung der Angelegenheit der Meinung waren, Herr Berger müßte sich von dem schweren Vorwurf des Meineids reinigen. Es sind dies die Redakteure G. Mehr vom „Sädinger Tagblatt“, W. Günther von der „Bad. Landeszeitung“ und S. Kadel vom „Volksfreund“. In der öffentlichen Erklärung wird nämlich nach der juristischen Terminologie des klägerischen Vertreters nur das Delikt des „Falscheides“ Herrn Berger zum Vorwurf gemacht, aber nicht das des „Meineids“ und aus diesem Umstand hofft Herr Berger eine Beurteilung seiner politischen Gegner wegen formeller Beleidigung zu erzielen. Die Unterzeichner der Erklärung, die dem Herrn Berger öffentlich den Vorwurf des Falscheides machten, ließ er auffallenderweise vollkommen ungeschoren laufen.

Nachdem ein Sühneveruch erfolglos geblieben ist, findet nun am 1. August, vormittags 9 1/2 Uhr, Hauptverhandlung vor dem großh. Schöffengericht Sädinger statt. Die Beklagten haben durch ihren Vertreter, Herrn Rechtsanwalt Wintermantel, Sädinger, eingehendes Beweismaterial gesammelt. Als Zeugen sind geladen: Landgerichtspräsident Walli, die Landgerichtsräte Homburger, Rosenlöcher, Motzsch, Amtsrichter Herrliche, Gehilfe Bogt, alle in Waldshut, ferner Fabrikant Jos. Berberich-Thomien, Fabrikant Stienen, Bezirksarzt Meßger, Kaufmann Wilsch, Cammer, Stuhlrechner Bögeler, Fabrikant Vallh, Zahntechniker Wörner, Konditor Haller, Bahnmeister Soll, alle in Sädinger, Hauptlehrer Stauch in Welschen-Heinach (Amt Wolfach) und Revijor Meßker in Oberkirch, welcher letzterer seinerzeit vom Vikar Berger in der bekannten „Oblatenfresserei“ wegen „Gotteslästerung“ denunziert wurde.

Es dürfte also eine längere Verhandlung geben, deren Ausgang man in Sädinger, wo durch die Agitationsweise des Zentrums der politische Kampf vergiftet und auf das persönliche Gebiet übertragen ist, mit Interesse entgegenfieht. Ob Herr Vikar Berger aus dem Prozeß vollkommen rehabilitiert hervorgehen wird, bleibt abzuwarten.

Gewerkschaftliches.

Die Abstimmung im Schmiechverband ergab 8738 für und 3124 gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. 152 Stimmen waren ungültig. Die Verschmelzung ist somit angenommen.

Der Streit in den Steingewerken Friedrichsfeld in Baden ist abgebrochen worden. Der Erfolg ist ein geringer. Verschiedene Vorkommnisse jedoch rieten dazu, nach siebenwöchentlicher Dauer den Kampf abzubrechen. Der Dierktion war es unter großen Anstrengungen gelungen, aus Hamburg 60 Hinbegardisten und außerdem aus dem Odenwald 90 und aus Ludwigsburg 60 Arbeitswillige heranzuschleppen. Über die Odenwälder Arbeitswilligen wird berichtet, daß diese Leute einen völlig unwilligen Eindruck machten; diese Elemente stammen aus sozialistischer Gegend und haben keine Ahnung von den Kämpfen der Arbeiter. Diese gesamten Arbeitswilligen dienten dem Betrieb wohl eigentlich mehr als Staffage, um den Mut der Ausständigen zu brechen. Die Streikbrecher waren sämtlich im Betriebe interniert; es war ihnen streng verboten, die Werke zu verlassen.

Trotzdem verließ eine Gruppe der in Gefangenschaft gehaltenen Arbeitswilligen am Abend des 13. Juli heimlich über die Umzäunung hinweg den Betrieb, um einige Wirtschaften aufzusuchen. Die Wirtin lehnte jedoch die Bewirtung der wenig Zutrauen erweckenden Gäste ab, und schließlich kam es auf nicht aufgeklärte Weise zu einer turbulenten Szene, wobei die Arbeitswilligen in bekannter Weise ihre Revolver tollend ließen; schließlich erhielt einer der ibrigen einen lebensgefährlichen Stich in den Leib, so daß er in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus nach Heidelberg eingeliefert werden mußte.

Dieses Vorkommnis war selbstverständlich Anlass für die Scharfmachermühlen. Die nationalliberale „Bad. Landesztg.“ schob sofort die Schuld an dem noch gar nicht aufgeklärten Vorfall den Ausständigen in die Schuhe. Sechs Streikende wurden im Laufe der nächsten Tage in Haft genommen, jedoch verlautet über die Untersuchungen nichts bestimmtes. Bezeichnend aber ist, daß am 17. Juli zwei Hinbegardisten in Ketten geschlossen nach Mannheim eingeliefert wurden, so daß die schon anfänglich gehegte Vermutung Raum gewinnt, daß die schwere Verletzung

Kleines Feuilleton.

Vom Heidelberg Krebsinstitut. Eine Berliner Korrespondenz hatte die Mitteilung verbreitet, daß das Heidelberg Krebsinstitut vor einer schweren pekuniären Krise stehe, welche das Weiterbestehen der Anstalt in Frage stelle. Geh. Rat Czerny teilt hierzu mit, daß diese Mitteilung aufgebauscht sei und auf Indiscretion beruhe.

„Die Schwarzwälder“. In der Zeit vom 24. Juli bis 9. August wird in St. Blasien eine Ausstellung der unter dem Namen „Die Schwarzwälder“ zusammengeschlossenen Künstlergruppe stattfinden. Die Ausstellung wird Gemälde, Radierungen und Plastiken von Künstlern enthalten, welche im Schwarzwald angesetzt sind. Der Vereinigung gehören u. a. an: Bartels, Gantert, Jagemann, Spignagel, Meinede und Sierle.

Ein „Hammel“ in der Professore. Dem „Vorwärts“ wird von sehr zuverlässiger Seite, wie die Redaktion sagt, geschrieben: Im Dörfchen Balkerhofen bei Eichstätt war Fronleichnamsprediger. Pfarrer Gentner von Neßfels, ein junger, sehr eifriger Zentrumsprophet, schritt unter dem von Gemeindeverwaltungsmittgliedern getragenen Himmel, die Konfession mit dem Allerheiligsten tragend, und in dicke Rauchwolken gehüllt. Erwartungsvoll und von andächtigen Schauer durchzrieselt, liegt die gläubige Menge auf den Knien und barrt nach Abfindung des Evangeliums des Segens, der vom Heilbater aus gesendet werden soll. Die Schuljugend, unter Führung des Lehrers, hatte etwas zu früh, bevor der Segen gesendet war, den Beitermarsch angetreten. Da brüllte der Pfarrer, auf dessen Segen alles wartete, mit weit vernehmlicher Stimme hinter der Konfession hervor: „So bleibt's doch stehen! Was rennt's denn alleweil dem Hammel da vorne nach!“ Wie weibell auf diesen Zwischenruf hin die religiöse Handlung des Segenspendens noch wirken konnte, entzieht sich der Kontrolle. Wie sehr aber das Ansehen des Volkschullehrers gehoben wird, wenn er in solchem Augenblick und in solcher Weise die Macht des vorgefekten Schulinspektors zu fühlen bekommt, läßt sich schon eher ausmalen.

Im Glend der Landstraße verkommen. Ein Glendbildschlammter Art hat sich am Sonntag abend in Obergurig bei Baunzen abgepielt. Ein alter Handwerksbursche kam auf dem Wege von Singwitz nach Obergurig und konnte kaum noch laufen. Da sich niemand um ihn kümmerte, hatte er sich bis zu Gäßlers Gasthof geschleppt und hatte dann die Nacht auf einem

Steinbaufen geseffen. Am Montag früh schleppte er sich etwa fünfzig Schritt weiter und fiel dann hin. Er blieb dann den ganzen Tag in der Sonnenglut liegen. Man gab ihm zu essen und zu trinken, und hatte gehofft, daß er sich wieder erholen würde. Als dies aber nicht geschah, benachrichtigte einer unserer Genossen den Gemeindevorstand und drang darauf, daß er wenigstens untersucht wurde. Diefem Verlangen kam der Gemeindevorstand nach und ließ dem Kranken durch den Gemeinbediener die Füße entkleiden. Als ihm die Schuhe ausgezogen waren, bot sich den Umstehenden ein schrecklicher Anblick. Die Strümpfe waren so verfault, daß man die Stüde mit einer Zange herunterziehen mußte. Die Ferse beim linken Fuß war bis in die Hälfte angefault und die Waden mußten mit einem Stück Holz abgestrichen werden. Die Fehen des rechten Fußes waren ganz mit rotem Fleisch angewachsen. Auf Anordnung des Gemeindevorstandes wurde der Mann mit Geßler in die Bezirksheidenanstalt nach Baunzen-Scidau transportiert. Bemerk sei noch, daß, bevor dieser 63jährige Krippel in die Anstalt aufgenommen wurde, sich die Gemeinde Obergurig verpflichtet hatte, für die vorläufigen Kosten aufzukommen. Wenn die Gemeinde nun das abgelehnt hätte, was wäre dann aus dem Mann geworden?

Literatur.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Soeben erschien: Zum württembergischen Volksschulwesen. Die Uebernahme der Schullasten auf den Staat. Von Bertold Heilmann, Mitglied des württembergischen Landtags, Preis 40 Pfg. Verlag Buchhandlung der „Schwäbischen Tagwacht“, G. m. b. H. Stuttgart. In gemüßverständlicher und von warmem Interesse für die Volksschule zeugender Weise hat der Verfasser in dieser Schrift eine Frage behandelt, an deren parlamentarischer Erledigung im abgelaufenen Landtag er selbst hervorragend beteiligt war. Da diese für die Volksschule wie für die Gemeindeverwaltungen gleich wichtige Frage auch noch den nächsten Landtag beschäftigen wird, können keine Darlegungen, in denen die Gründe für und gegen die Uebernahme der Schullasten auf den Staat in ruhiger und überzeugender Weise erörtert und ihre finanzielle Tragweite objektiv dargestellt werden, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt großes Interesse beanspruchen. Die Schrift kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

ihren Partisanen alsbald anrückten. Der Stadt- und Rittmajor zupfte seinen Federbusch auf dem Hut etwas länger hervor, stellte sich an die Spitze der Schar und führte den Verurteilten unter großem Zulauf des Volks ins Staatsgefängnis. (Fortsetzung folgt.)

Cheater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Aus dem uns vorliegenden „Küchbild auf das Theaterjahr 1911-12“ entnehmen wir nachstehendes statistisches Zahlenmaterial, welches gewiß auch für manche unserer Theaterbesuchenden Leser von einem gewissen Interesse sein dürfte. Darnach wurden im abgelaufenen Spieljahr in Karlsruhe 266 Vorstellungen (in Baden 44) gegeben, wovon 216 im Abonnement (3 Abteilungen zu je 72 Vorstellungen) und 40 bei aufgehobenem Abonnement stattfanden. Die für Karlsruhe in Betracht kommenden 266 Vorstellungen zerlegten sich ihrer Geltung nach in: 130 Schauspielvorstellungen, 125 Opernvorstellungen und 1 gemischte Vorstellung. Aufgeführt wurden im letzten Spieljahr insgesamt: 45 Opern, 56 Schauspiele. Die Werke Wagner's sind gegen das Vorjahr (26) diesmal nur mit 21 Aufführungen vertreten. Novitäten (d. h. Erstausführungen) brachte die Oper 5, das Schauspiel erreicht die stattliche Zahl 23. Von älteren Werken wurden 4 Opern und 8 Schauspiele neu einstudiert. Der Gesamtbesuch der Vorstellungen (mit Ausschluß der Dienst- und Freiplätze) stellt sich wie folgt:

In Karlsruhe 239 395 Personen.
In Baden 21 081 Personen.

Im Laufe des Winters veranstaltete das Hoftheater im Theatergebäude 6 Abonnementskonzerte (unter Hinzuziehung namhafter Solisten); außerdem auch noch in der Stadt. Festhalle ein weiteres Konzert mit verstärktem Orchester, bei welchem Beethoven's „Reunte Sinfonie“ (D-moll) (mit Schlußchor) zur Aufführung gelangte.

*) Herausgegeben von der Theaterverwaltung.

des nach Heidelberg transportierten Arbeitswilligen bei einer Rauferei mit seinen Gefinnungsgenossen entfallen ist.

Alle diese Vorkommnisse veranlassen die Streikenden, wiederholt zu dem Streik Stellung zu nehmen und dann zu dem Beschluß zu kommen, den Kampf abbrechen. Der sekundäre Erfolg der Bewegung ist nicht groß, jedoch auch die Steingewerke haben bei diesem Kampf keine Vorbeeren geerntet. Jedenfalls hat auch ihnen dieser Streik große Geldkosten verursacht, und sie dürften daraus die Lehre ziehen, zukünftig den Arbeitern doch ein größeres Entgegenkommen zu zeigen.

Die Wiedereinstellung der Ausständigen dürfte ziemlich glatt konstatieren gehen. Die meisten Kausreißer werden als nunmehr unbrauchbar entlassen, und die Einbegarbiten sollen zum Teil schon wieder anderweitig in gleicher Weise „engagiert“ sein. Außerdem bieten die in der Nähe befindlichen Bahnbauten Arbeitsgelegenheit. In den Werken selbst ist die Arbeit am 22. Juli wieder aufgenommen worden.

Wern, 23. Juli. In der hiesigen Flaschenfabrik sind, wie bereits gestern kurz berichtet, aufs neue Differenzen ausgebrochen. Im vorigen Jahr hatten die Arbeiter eine Lohnbewegung durchzuführen. Eine Hauptforderung war die Einführung eines andern Sortierensystems. Neben andern wurde diese Forderung bewilligt, aber trotzdem nun ein ganzes Jahr verfloßen ist, hat es die Direktion bis heute nicht für nötig befunden, ihrem Versprechen nachzukommen. Obwohl die Kommission den Herrn Direktor und Oberleutnant der Reserve, Maun, an sein Versprechen wiederholt erinnert hat, ist dasselbe bis heute noch nicht eingetroffen. Um nun besagte Forderung durchzuführen, beschloß eine am letzten Sonntag, 21. Juli, stattgefundene starkbesuchte Versammlung, noch einmal eine Kommission an die Direktion zu schicken, obwohl dieselbe schon zweimal abgewiesen wurde. Sollte dieses wiederum der Fall sein, so wird die Arbeiterschaft untätig an ihrer Arbeitsstelle verharren, bis der Arbeiterausschuß die Wünsche und Beschwerden bei der Direktion vorbringen darf. Der Ausschuß wurde Montag morgen vorzeitig und ohne weiteres abgewiesen. Nun riefen sich die Arbeiter an ihren Versammlungsbeschlüssen und verbarren untätig in der Fabrik, bis sie von der Betriebsleitung aufgefordert wurde, die Fabrik zu verlassen, was in aller Ruhe geschah. Die Nachschicht machte es ebenso. Als heute Dienstag morgen die Tagelöhner die Arbeit wieder aufnehmen wollten, durfte sie die Fabrik nicht mehr betreten. Im Verlauf des heutigen Vormittags wurde den Arbeitern die Fabrikwohnung (sogenannte „Wohlfahrtswohnung“) zum 30. ds. Mts. gekündigt.

Es kommen jetzt 40 Familien in Betracht. Der Betrieb ruht vollständig. Wie die Sache sich weiter entwickelt, muß abgewartet werden.

22. Generalversammlung der Tischlerkrankenkasse Hamburg.

s. Heilbronn, 23. Juli.

Am heutigen Dienstag vormittag wurde in Heilbronn im Saal der „Sonne“ die 22. Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler in Hamburg eröffnet. Die Kasse gehört zu den wenigen großen leistungsfähigen Zuschüssen, die vor jetzt 35 Jahren von Arbeitern gegründet und in dieser Zeit musterhaft geleitet worden sind. In Heilbronn handelt es sich für die Kassendelegierten vornehmlich darum, eine Grundlage zu schaffen, auf der eine solide finanzielle Weiterentwicklung der Kasse möglich ist. Vom Vorstand wird, um ein vorbandenes und in der Zukunft sicher zu erwartendes größeres Defizit zu beseitigen, eine Herabsetzung der Leistungen vorgeschlagen. Aus zahlreichen Massenstellen liegen Anträge vor, die jetzigen Leistungen zu belassen und in irgend einer Form — erhöhte Mitgliederbeiträge oder Ertragsbeiträge — der Kasse vermehrte Einnahmen zuzuführen.

Die Sitzung am Vormittag erledigte die zahlreich eingegangenen Wahlprotokolle. Für die Wahlprüfungskommission erstattete Stadinger-Borzhelm Bericht. In der Generalversammlung nahmen 85 Delegierte aus 66 Wahlbezirken teil.

Zu dem gedruckt vorliegenden Bericht des Ausschusses gab es eine n-Frankfurt noch weitere ausführlichere Erläuterungen, die sich auf die Neuaufnahmen von Mitgliedern und die Kassenevidenz durch den Hauptvorstand beziehen.

Im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Bericht des Vorstandes hielt der Vorsitzende Blume einen längeren Vortrag über die neue Rechtslage. Da die Tischlerkrankenkasse eine Zuschusskasse ist, beruhen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nicht. Aufsichtsbefugnisse sind durch die kaiserliche Aufsichtskommission für Privatversicherung in Berlin. Unter dem neuen Recht ist die Kasse zum Teil besser gestellt wie früher.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 15 des 4. Jahrgangs haben wir hervor: Kreuzen im Deutschen Reich. — Die Krisen. Von Gustav Epstein. — Jugend-erinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Kubold. — Der Jement als Bauhof (mit Abbildungen). Von A. Ellinger. — Die bayerische Fortbildungsschule und ihre Reform. Von Joh. Hoffmann-Kaiserlautern. — Wieder ein Jugendausschuß freigesprochen. Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Leuchtturm von Studesnaes. Erzählung von Karl Hans Strobl. — Vom Nibelungenagenstrom. Von Otto Koenig. — Ferdinand Cortez in Mexiko (mit Abbildungen). Von A. Conrad. Der Besuch von Kunstausstellungen. Von Adolf Bruno. — Volkshelmsungen. — Frau Girshberg. Skizze von Fritz Müller.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindejournalismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis pro Quartal 3 M. Einzelhefte 30 Pfg.

Da das neue Abonnement am 1. Juli beginnt, halten wir es für geboten, gerade zur jetzigen Zeit auf die Wichtigkeit der „Kommunale Praxis“ für alle diejenigen, die ein besonderes Interesse an der Verwaltung der Gemeinden haben, hinzuweisen. Die „Kommunale Praxis“ bietet in ihren Wochenheften eine fortdauernde Uebersicht über alle Vorgänge auf dem Gebiete des deutschen Gemeindelebens, soweit sie von allgemeinem Interesse sind. Ein großer Stab geschulter Mitarbeiter berichtet aus allen Teilen des Reiches und aus dem Ausland für sie. Besondere Aufmerksamkeit wird auch den Bedürfnissen der kleinen Gemeinden gewidmet.

Im Briefkasten erhalten die Abonnenten auf Anfragen aus dem Gebiete der Kommunalpolitik umgehend kostenlose Auskunft. Wer die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, verlange vom Verlag kostenlose Zusendung einer Probeummer. Abonnements nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen.

Wir erhalten soeben ein Exemplar des **allgemeinen Hotelführers der Schweiz**, Ausgabe Mai 1912, welcher unentgeltlich durch den Repräsentanten Dr. Nyff, Konstanz, oder die Verlagskommission des Hotelführers der Schweiz, Schaffhausen, bezogen werden kann. Der Führer enthält Preisangaben von über 3000 Hotels und Pensionen aus allen Kurplätzen der Schweiz. Er enthält ferner die Höhenangaben aller Fremdenplätze und orientiert über Verkehrsverhältnisse usw. und kann somit für Schweizerreisen vorzügliche Dienste leisten.

Wohltätig wirkt die Erleichterung in Bezug auf die Ansammlung des Meeresbundes. Das Schiedsgericht ist in Zukunft nur noch besetzt, einen Vorbescheid zu fällen. Darüber hinausgehend bietet sich die Möglichkeit, den ordentlichen Rechtsweg den bürgerlichen Gerichten zu beschreiten. In den Vorstandsberichten knüpft sich eine längere Diskussion. (Schluß des 1. Sitzungstages.)

Soziale Rundschau.

Schwetinau, 22. Juli. Infolge der Erhöhung der Viehpreise, besonders für Schweine, haben die hiesigen Metzger eine Erhöhung der Preise für Schweinefleisch eingetretten lassen. Der Preis beträgt jetzt durchschnittlich 1 M. pro Pfund.

Mannheim, 22. Juli. Die Firma C. Beerian & Co. hat der Stadtverwaltung ein Angebot betr. Einfuhr von Gefrierfleisch gemacht, das hier um 30—40 Prozent per Pfund billiger verkauft werden soll, als das einheimische Fleisch. Die Stadtverwaltung soll den Verschleiß des Fleisches in Regie nehmen. Sie hat sich wegen des Angebots mit der hiesigen Metzgerinnung betr. Neuerung ins Benehmen gesetzt.

a. Zentralisierung von Wohlfahrtsvereinen. In Heidelberg haben sich unter der Führung des Frauenvereins und unter Förderung der städt. Armenverwaltung 30 auf dem Gebiet der Wohlfahrtstätigkeit tätige Vereine zu einer „Zentral-Wohlfahrtsstelle“ vereinigt. Zweck der Vereinigung ist, die in Heidelberg bestehenden Wohlfahrtsvereine zu gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Unterstützung zusammenzufassen, als „Ausgangsstelle“ den Bedürfnissen aller Schwachen zu folgen, wo und wie sie Hilfe erlangen können, den helfenden Vereinen, Privat- und Behörden Unterlagen zu liefern, als „Forsorgestelle“ die Bedürfnisse der einschlägigen Vereine aufzuweisen oder selbst in Pflege zu nehmen, als „Aufsichtsstelle“ gesunde Anstaltungen und zweckmäßige Maßnahmen in der Wohlfahrtspflege zu verbreiten und zu fördern, als „Ausbaustelle“ die sog. Wohlfahrtsvereine zu ergänzen und fortzuentwickeln als „Kampfstelle“ gegen den Mißbrauch der Wohlfahrtstätigkeit und den Vandalismus.

Die ganzen Programmpunkte und die private sog. Wohlfahrtstätigkeit in allen Ehren, können wir uns dem Gebanten trotzdem nicht verschließen, daß auch diese an und für sich bemerkenswerte Einrichtung nur ein weiteres Palliativmittel ist, welches das soziale Problem seiner Lösung auch nicht um Fingerbreite näher bringt.

Erwerb das bad. Staatsbürgerrecht!

Kommunalpolitik.

Durmersheim, 22. Juli. Von heute ab liegt die Wählerliste zur Gemeinderatswahl auf dem hiesigen Rathaus auf, und zwar bis einschließlich Sonntag, den 28. d. M. Abschriften hiervon liegen im Gasthaus zur „Krone“ und zum „Kreuz“ auf. Versäume es daher kein Wähler, nachzugehen, ob er in der Liste eingetragen ist!

Söllingen, 21. Juli. Am kommenden Samstag, 27. Juli, von 8—12 Uhr nachmittags finden hier die Gemeinderatswahlen statt. Vier Parteien ringen um die Mandate. Der liberal-konservative Eheband war nur von kurzer Dauer. Der konservative Eheband war für die Liberale Ehehälfte zu anspruchsvoll, jedoch das Bündnis scheiterte und in Trümmer ging. Jetzt schimpfen beide aufeinander wie die Rohrspaten. Aber: Trau! Schau! wem! Wenn es gegen die Arbeiterinteressen geht, dann werden sich die Herrschaften schon wieder finden! Die Agitation zur Gemeinderatswahl ist eine sehr rege. Die verschiedenen bürgerlichen Gruppen haben ihre „Kampfbücher“ ausgedruckt, und die Arbeiter für sich zu gewinnen. Nur bei den Wahlen werden die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien so umschmeichelt. Wenn die Wahlen vorbei sind und die Arbeiter kommen dann mit Wünschen, so hat man für dieselben — mögen sie noch so berechtigt sein — nur faule Ausreden. Dann fängt man die „Wahlfreunde“ nicht mehr. Darum sollten keine Arbeiter sich von diesen Parteien umgarnen lassen. Es gibt nur eine Arbeiterpartei, und das ist die Sozialdemokratie. Infolge dieser Wahl vorgeschlagenen Kandidaten haben jederseits die Interessen der Arbeiter und des kleinen Mannes vertreten. Keine Arbeit war ihnen zu viel, wenn es galt, die Rechte ihrer Klassenangehörigen zu wahren. Kein Kandidat der bürgerlichen Parteien ist jemals mit so viel Eifer für die Rechte der Arbeiter eingetreten wie unsere Kandidaten. Am Gegenteil! Die meisten von ihnen haben sich als starke Gegner der Arbeiter ausgespielt. Das darf die Arbeiterpartei nicht vergessen! — Speziell von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sollte jeder soviel Massenbewußtsein haben, daß er keinem bürgerlichen Wahlvorschlagn seine Stimme gibt. Ihre Pflicht ist es vielmehr, ihre Klassenangehörigen auch im politischen Kampfe zu unterstützen. Geheißt dies, dann ist es möglich, unsere beinahe 40jährige konservative Hochburg „in Scherben zu schlagen“. Die erste Wurfesche ist geschlagen, wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut in diesem Kampfe, dann ist der kommende Samstag der Todestag der konservativen Herrschaft.

Parteienossen! In euch richten wir die Bitte zu reger Mitarbeit. Ein jeder Parteigenosse muß ein Agitator sein. Müht die Lässigen auf und kommt selbst frühzeitig zur Wahl. Am Abend vor der Wahl, 26. Juli, abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Landtagsabg. Gen. Kurz aus Gröningen einen Vortrag halten wird. Genossen! Agitiert für zahlreichen Besuch! Kein Genosse darf in dieser Versammlung fehlen!

a. Heidelberg, 23. Juli. Dem Drängen der sozialdemokr. Bürgerauschussmitglieder in Heidelberg folgend hat der Stadtrat sich entschlossen, dem Bürgerausschuß Vorlage über die Schaffung von Schreibgelegenheit im Bürgerauschussaal zu machen. Es wird jedem Stadtrat ein pulvertafelartiges Gestell vor seinem Sitzplatz befestigt. Aufwand 1200 M. — Dem Entschluß der Heidelberger Freispreure um Festsetzung der Geschäftsstunden an Sonn- und Feiertagen auf 10—12 Uhr wurde nicht entsprochen. Dagegen wurde vom Bezirksrat empfohlen, um 1 Uhr den Schluß der Geschäfte zu bestimmen gegenüber dem jetzt gültigen 2 Uhr-Schluß.

Söllingen, 23. Juli. Die gestern vollzogenen Bürgerauschusswahlen der 3. Klasse auf sechs Jahre bedeuten eine schwere Niederlage des Zentrums. Es erhielten das Zentrum 6 Sitze, die Fortschrittliche Volkspartei 4 Sitze, die Sozialdemokratie 3 Sitze und die Nationalliberalen 1 Sitz.

Jugendbewegung.

Depphen-Goes und der Jungdeutschlandbund. Zu der auch von uns übernommenen Nachricht in einer Sitzung des Ausschusses der deutschen Turnerzeitung in Kiel habe man sich mit-

billigend über den Jungdeutschlandbund des Herrn v. d. Goltz ausgesprochen, sendet Herr Dr. Ferdinand Goetz der bürgerlichen Presse folgende „Richtigstellung“:

„In den Berichten habe ich ergänzend und berichtend bemerkt, daß ich nicht behauptet habe, der Jungdeutschlandbund gehe nicht die anfangs erhofften Wege. — Ich habe nur die zu häufige Berufung früherer Offiziere als Leiter der Bezirke und Kreise als unpraktisch bezeichnet und allerdings ausgesprochen, daß in die mit Gehalt behafteten Stellen des Geschäftsführenden Ausschusses auch drei Offiziere a. D. berufen seien, die aber, wie ich mich überzeugt habe, mit Treue und regem Eifer für die Sache arbeiten. Der Grundfaß des Jungdeutschlandbundes, keine Ortsgruppen neu zu gründen, die Turnvereine oder Vereine mit ähnlichen Zielen bereits bestehenden vom Bund stets aufrechtzuerhalten werden. Die deutsche Turnerschaft wird, nachdem sie ihre Ueberzeugung offen ausgesprochen, Hand in Hand mit dem Jungdeutschlandbund arbeiten.“

Mit anderen Worten: Die deutschen Turner haben gegen die hurrapatriotisch-militärischen Spielereien der Jungdeutschlandmänner nichts einzuwenden, nachdem sie sich zuvor haben bescheiden lassen, daß ihnen von jener Seite keine Konkurrenz bereitet werden wird. Sie sind damit dem Beispiel der katholischen Jugendvereine gefolgt, die dieselbe Vorsicht anwenden. Magdalen Spielraum wird danach den Leuten um Goltz nicht übrigbleiben.

Ein Ausnahmefall gefällig?

Der konservativen „Kreuzzeitung“ hat es wieder einmal das Organ der freien Jugendbewegung, die Arbeiter-Jugend angefallen. Sie zertert über die Verworfenheit dieses Mottes, das gegen die Behörden und die nichtsozialdemokratischen Jugendorganisationen heftig, in den Arbeiterkreisen den Klaffenhaß entfacht und „bei den jungen Leuten jede berechtigende Autorität verächtlich zu machen“ sucht. Bekümmert fragt das Jungerorgan: „Was soll aus den jungen Leuten schließlich werden, die in die Hände solcher Agitatoren geraten? Aus denen rekrutiert sich zuletzt der Janhagel, von dem auch die Sozialdemokratie je nach den Umständen mitunter ostentativ abtrüdt.“ Die Kreuzzeitung weiß natürlich ganz genau, daß der „Janhagel“ sich ganz woanders her rekrutiert, als aus der proletarischen Jugendbewegung. Die Elemente, die man schließlich mit einem gewissen Recht so nennen kann, haben samt und sonders die Schule des Klassenstaates mindestens acht Jahre lang besucht, die es bekanntlich an „vaterländischer“ und religiöser Erziehung nicht fehlen läßt. Wenn wir nicht wüßten, daß es in erster Linie soziale Faktoren sind, die viele Jugendliche auf die schiefe Bahn bringen, wäre es nacheliegend, diese Tatsache auf das Konto jener einseitigen Schulbildung zu setzen. Ueber eine solche Methode würde das ehrsame Organ der Krautjunfer, das die freie Jugendbewegung begeißelt, aber jedenfalls Beter und Morde schreien.

Aber schließlich sind auch die frommen Kreuzzeitungsmänner nicht so dumm, um nicht zu wissen, daß ihre Denunziationen ohne jede Spur von Berechtigung sind. Worauf es ihnen dabei ankommt, sagen sie selbst; indem sie ihre Entrüstungspostill mit folgendem Appell an den „Vater Staat“ schließen:

Einer so gearteten Erziehung aber mit allen Kräften entgegenzutreten, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Denn die „freie“ Jugendbewegung übt systematisch eine zersetzende Tätigkeit aus, die um so gefährlicher ist, als sich ihr Gebiet auf die kaum den Kinderschuhen entwachsenen jungen Leute erstreckt.

Es ist die alte Geschichte: wenn der Weisheits in der Hand des Priesters und das Vokal des Lehrers verlag haben, muß der staatliche Kollegeknüppel in Aktion treten. Gelsen wird der freilich ebensowenig wie jene.

Aus der Partei.

Aue bei Durlach, 23. Juli. Unseren Mitgliedern diene zur Mitteilung, daß die am 27. Juli geplante Mitgliederversammlung des sog. Wahlvereins Umstände halber erst am 10. August d. J. stattfinden kann. Ferner teilen wir mit, daß die schriftlichen Arbeiten zur Erwerbung des badischen Staatsbürgerrechts dem Gen. Fr. Link (Waldhornstraße 52, 3. St.) übertragen wurden. Diejenigen Genossen, welche noch keine badischen Staatsbürger sind, aber solche werden wollen, mögen sich unverzüglich an die genannte Adresse wenden.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß kommenden Sonntag, 28. Juli ds. J., auf dem Turnplatz unser diesjähriges Parteifest, verbunden mit Sommerfest, stattfinden wird. Für Getränke und Speisen sowie Unterhaltung ist bestens Sorge getragen und hoffen wir, daß die Genossen mit ihren Angehörigen sowie Freunde und Gönner unserer Sache zahlreich erscheinen. (Siehe Inferrat!)

Teufelsbrunn, 23. Juli. Sozialdem. Verein. Am Sonntag, 28. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet in der „Krone“ eine außerordentliche Generalversammlung statt. Da innere Parteiverhältnisse zu regeln sind, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Eine Kreisversammlung des 7. badischen Reichstagswahlkreises beschloß, dem deutschen Parteitag zur Reorganisation der Partei den Vorschlag zu machen, aus jedem Landeskreis mögen dem Parteitag 3 Parteigenossen für den Parteiauschuß zur Wahl gestellt werden, jedoch dieser gewählt und nicht nur ernannt wird. Weiter sprach sich die Konferenz gegen die geplante Aufhebung des mittelbadischen Parteisekretariats aus und tadelt, daß im Organisationsstatutenentwurf nicht die Einberufung sogen. Landeskonferenzen durch den Landesvorstand vorgesehen sei, durch welche dem Parteitag vorgeberichtet werden könne.

Querbach, 20. Juli. Am Sonntag, 14. Juli, fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Gasthaus zur „Sonne“ statt. Es galt ein Bezirksverein für das Querbachland ins Leben zu rufen, was auch gelang. Der Verein umfaßt nunmehr die Orte: Boderweier, Auenheim, Leutesheim und Querbach. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung wurden folgende Genossen gewählt: als Vorsitzender J. Sebel, Kassierer Karl Müll, Schriftführer A. Lang, als Vorsitzende die Genossen Friedrich Greiß-Querbach, Karl Girich-Auenheim und G. Karth-Leutesheim.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung fand dann eine gut besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Dietrich-Karlruhe über das Thema: „Weshalb ist die Sozialdemokratie notwendig?“ referierte. Der einstündige, gut durchdachte Vortrag fand unter den ausschließlich ländlichen Zuhörern volle Zustimmung. Als nächster Versammlungsort wurde Leutesheim bestimmt. Diese Versammlung findet am ersten Sonntag im August statt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Quittung. Der Parteivorstand in Berlin quittiert über die im Monat Juni aus Baden eingegangenen Beiträge wie folgt: 12. Kreis 3. Qu. 244.04 M., 13. Kreis 3. Qu. 58.86 M., 14. Kreis 3. Qu. 13.50 M., 12. Kreis 4. Qu. 290.50 M., 13. Kreis 4. Qu. 88.70 M., 14. Kreis 4. Qu. 10.26 M., 3. Kreis 4. Qu. 86.57 M., 11. Kreis 4. Qu. 1000 M., 6. Kreis 4. Qu. 80.35 M., 9. Kreis 4. Qu. 556.24 M., 10. Kreis 4. Qu. 475.03 M.

Seite 4.
Erling
Zeit.
Johann
Man mer
eventuell
und G
Bader
nimmt in
Schwarz
finden sic
Zog ist
aerial,
die Wan
Schweizer
— T
raun
habene,
als Tier
Hoden-
auf dem
— u
Tempo n
kommen.
legungen,
* Mi
hier ist a
einem in
geraten i
Zustande
Operation
Perunglü
und eine
abend f
legungen.
Klein
schür zu
Auswech
richtung,
dingen.
fung-Bar
6.18 Mr
zu dem je
einer ord
mehr und
von 10, h
man die
ist gerade
Auf man
als Karls
Kurswech
arten ang
Wir
mie die d
der Verle
Beitrag
mehr statt
Rückstich
Rückstich
deiter wer
sitten, W
worten, bi
warte die
jene Leute
das Jahr
nach Karls
bitte zu
holen zu
Weld erich
kommen, di
heim zu
trat. Erst
auch die
Wir unter
gewinnlic
die ganzem
zug ein W
dafür, ma
einem Zug
wie die U
Sache nicht
zu schaffen
daß eine d
und daß m
und eine R
diehmehr
Schmellzug
Arbeiter z
Parth
diejenige
arrangiere
anz dem de
gebende
seiner Zus
schliche
geben. Es
dieses Dink
ist erneu
nahme, z
Auswänd
der jedoch
der Festau
famüden.
gegeben, de
Magen au
alle Vere
Unternehm
* Kom
pingen für
und versch
* Kros
Stationsam
Minahme
die gegange
emnen noch
Behältniss
* Bon
nete sich
Automobil
Tempo auf
zu spät ein
in einer U
loset er ge
müßsam bi
man Hilfe
Esoffeur

Aus dem Lande.

Etlingen.

Erwerb des babilische Staatsbürgerrecht! Es ist höchste Zeit. Wir erziehen unsere Parteigenossen und Gewerkschafts-

Baden-Baden.

Die deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft unternimmt im kommenden Monat ihre 8. Studienreise nach dem Schwarzwald. Als Treffpunkt ist Baden-Baden bestimmt.

Todesfall.

Hier ist gestern der Geh. Veterinärarzt Friedr. Braun im Alter von 78 Jahren gestorben. Der Verstorbene, ein geborener Karlsruher, wirkte seit dem Jahre 1866 als Tierarzt; 1866 wurde er Bezirksleiter in Nehl, 1871 in Baden-Baden.

Unfugige Kaserne.

Ein Radfahrer stieß in rasendem Tempo mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Der Radler erlitt schwere lebensgefährliche Verletzungen, das Fahrrad wurde vollständig zerrümmert.

Michelbach, 23. Juli.

Der 18 Jahre alte W. Mack von hier ist am Freitag morgen auf der Straße nach Goggenau mit seinem Fahrrad auf ein ihm entgegenkommendes Fuhrwerk geraten und so Boden geschleudert worden.

Kleinsteinhof, 22. Juli.

Ein trostloser Zustand, welcher sich zur wahren Katastrophe herausgebildet hat, besteht seit dem Kurzwechsel am ersten Mai allgemein in der östlichen Fahrtrichtung, insbesondere aber auf der Strecke Karlsruhe-Bischofsheim.

Wir müssen doch annehmen,

daß die Eisenbahnbehörde so wie die dienstituenden Beamten genau wissen, wie mangelhaft der Verkehr sich abwickelt und wie sehr nötig gerade die Arbeiter es hat, rechtzeitig nach Hause zu kommen.

Das Sprichwort:

„Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter“, trifft auch bei der gesetzlich festgesetzten Regelung der Sonntagsarbeit im Metzgergewerbe zu.

Die Organisation hat nun an das Bezirksamt Anzeige

erstattet, um diesem ungesetzlichen Handeln von seiten der Metzgermeister endlich einen Riegel vorzusetzen. Wir hoffen, daß von seiten der Behörde gegen jeden einzelnen Metzgermeister, der diese Bestimmungen nicht einhält, strafrechtlich vorgegangen wird.

Man schreibt uns:

Wie vor kurzem mitgeteilt, haben sich in einer Versammlung vom 13. Juni cr. die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der interessierten Vereine zum Ausbau der bisher bestehenden Beratungsstelle für Alkoholkranke zusammengefunden.

Forstheim, 22. Juli.

In dankenswerter Weise haben es die hiesigen Arbeitervereine übernommen, ein Kinderfest zu arrangieren. Dasselbe findet nun am kommenden Sonntag auf dem herrlichen Festplatz hinter der Kirche statt.

Vom Oberrhein, 22. Juli.

Von der Schiffbrücke bei Hünningen stürzte sich ein junger unbekannter Mann in den Rhein und verschwand in den Fluten.

Krozingen, A. Freiburg, 22. Juli.

Der beim hiesigen Stationsamt angelegte 25jährige Bürger Scholl ist unter Teilnahme der etwa 3000 W. enthaltenden Stationshalle flüchtig gegangen. Bis jetzt ist der Aufenthalt des ungetreuen Beamten noch unbekannt.

§ Von der Bergstraße, 22. Juli.

Am Sonntag früh ereignete sich zwischen Oppenheim und Laudenbach ein schweres Automobilunglück. Ein Freiburger Mietauto fuhr in härtestem Tempo auf der Landstraße nach Heidelberg, als der Chauffeur zu spät eine scharfe Kurve bemerkte.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 23. Juli.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.

Die Fraktionsmitglieder seien nochmals auf die heute abend 1/29 Uhr in der „Wacht am Rhein“ stattfindende Fraktionsitzung mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen aufmerksam gemacht.

Achtung, Weststadt!

Die Parteigenossen werden ersucht, sich Mittwoch im Restaurant „Palme“ punkt 8 Uhr einzufinden zu wollen. Es ist dringend notwendig, daß möglichst alle anwesend sind.

Die Schutzkommission des Zentralverbandes der Handlungsgelhilfen

(Bezirk Karlsruhe) entfaltet zurzeit wieder eine rege Tätigkeit. Ist es doch eine kaum glaubliche Tatsache, daß es hier in Karlsruhe noch Dutzende Firmen gibt, die ihren Angestellten noch nicht einmal den gesetzlich zuerkannten Sonntag zur Erholung belassen, sondern die regelmäßig, zum Teil hinter verschlossenen Türen, zur Arbeit beschließen.

Bezeichnenderweise wurde eine ganze Anzahl jüdischer Firmen festgestellt, die aus religiöser Heberzeugung an Samstagen geschlossen halten, die jedoch das religiöse Gefühl ihrer Angestellten anderer Konfession so wenig achten, daß sie die an Samstagen verkannte Arbeit an Sonntagen wieder hereinbringen lassen.

Für die große Masse indifferenter Handlungsgelhilfen und -Gehilfinnen, die sich interesselos als willige Ausbeutungssobjekte gewissenloser Arbeitgeber hergeben, dürften diese Feststellungen erneut eine Mahnung sein, sich endlich aufzuraffen und einer Berufsorganisation anzuschließen.

Handlungsgelhilfen, achtet darauf, wer nur schöne Worte für euch hat und wer durch Taten selbstlos für eure Forderungen eintritt. Darum hinein in die Organisation, damit ihr endlich auch einmal ein Wort mitzureden habt, wenn es sich um eure Interessen handelt.

Anmeldungen von Mitgliedern, sowie Adressen indifferenter Handlungsgelhilfen und -Gehilfinnen nimmt stets entgegen

Der Bevollmächtigte:

Franz Köberlin, Schützenstraße 45, 3.

Aus dem Metzgergewerbe.

Das Sprichwort: „Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter“, trifft auch bei der gesetzlich festgesetzten Regelung der Sonntagsarbeit im Metzgergewerbe zu. Der § 105 c, Absatz 3 und 4 schreibt vor, daß den Arbeitern, welche am Sonntag über 3 Stunden beschäftigt werden, ob dies Ausbauer, Kundschäfter, Metzger oder Ladnerinnen sind, entwendet jeden dritten Sonntag volle 36 Stunden Ruhepause gewährt wird.

Die Organisation hat nun an das Bezirksamt Anzeige erstattet, um diesem ungesetzlichen Handeln von seiten der Metzgermeister endlich einen Riegel vorzusetzen. Wir hoffen, daß von seiten der Behörde gegen jeden einzelnen Metzgermeister, der diese Bestimmungen nicht einhält, strafrechtlich vorgegangen wird, damit den Arbeitern und Arbeiterinnen im Metzgergewerbe, denen ohnehin kein gutes Arbeiterlos beschieden ist, wenigstens ihr gesetzliches Recht wird.

Trinkerfürsorge.

Wie vor kurzem mitgeteilt, haben sich in einer Versammlung vom 13. Juni cr. die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der interessierten Vereine zum Ausbau der bisher bestehenden Beratungsstelle für Alkoholkranke zusammengefunden.

Die Organisation hat nun an das Bezirksamt Anzeige erstattet, um diesem ungesetzlichen Handeln von seiten der Metzgermeister endlich einen Riegel vorzusetzen. Wir hoffen, daß von seiten der Behörde gegen jeden einzelnen Metzgermeister, der diese Bestimmungen nicht einhält, strafrechtlich vorgegangen wird, damit den Arbeitern und Arbeiterinnen im Metzgergewerbe, denen ohnehin kein gutes Arbeiterlos beschieden ist, wenigstens ihr gesetzliches Recht wird.

Man schreibt uns: Wie vor kurzem mitgeteilt, haben sich in einer Versammlung vom 13. Juni cr. die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der interessierten Vereine zum Ausbau der bisher bestehenden Beratungsstelle für Alkoholkranke zusammengefunden.

Man schreibt uns: Wie vor kurzem mitgeteilt, haben sich in einer Versammlung vom 13. Juni cr. die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der interessierten Vereine zum Ausbau der bisher bestehenden Beratungsstelle für Alkoholkranke zusammengefunden.

großen Anzahl anderer deutscher Städte gegründet wurden und zu Ruh und Frommen der Trinker und ihrer Angehörigen, mittelbar auch zum Segen der ganzen an den Folgen des Alkoholelends schwer mitleidenden Gesellschaft schon Nichtiges geleistet haben.

Volksleshallen. Gegen die in Aussicht genommene Volksleshalle, Fähringerstraße 100, in dem früheren Wiedenbaurischen Laden in der Lammstraße, sind von dem Vorstand des Vereins Volksbildung Bedenken geäußert worden.

Bootsfahrten auf dem Stadtparksee. In letzter Zeit werden die Boote im Stadtpark auf den Sonntagvormittagen fast ausschließlich von solchen Personen in Anspruch genommen, die im Besitze von Abonnementskarten für Bootsfahrten sind.

Verlangung des Stadteils Daglanden mit elektrischer Energie. Der Gewerbeverein Daglanden hat bereits im Jahre 1911 darum nachgesucht, daß das städtische Kabelnetz nach dem Stadteil Daglanden zum Anschluß von gewerblichen Unternehmungen erweitert werde.

Todesfall. Gestern ist hier der in weiteren Kreisen der Stadt bekannte Direktor der Aktiengesellschaft „Badenia“ Geinr. Vogel gestorben. Der Dahingegangene wurde im Jahre 1861 in Mainz geboren und kam 1878 als Vorstand der A.-G. Badenia nach Karlsruhe, welchen Posten er bis zu seinem Tode versah.

Von einem Herzschlag getroffen wurde gestern nachmittag ein 22 Jahre altes Dienstmädchen aus Raabe, während es in einer Kolonialwarenhandlung in der Weststadt Einkäufe machen wollte. Das Mädchen war sofort tot.

Anfälle. In einer Fabrik in Mühlburg kam ein hier mobiler Maschinist beim Bohren mit dem Rodärmel dem Spinbelbohrer zu nahe, wurde von diesem erfaßt und gegen die Bohrmaschine geworfen. Er trug eine Quetschung der Brust davon und mußte mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus gebracht werden.

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen stürzte gestern abend Ede Karl- und Herrenstr. ein hier mobiler Schuhmacher mit dem Gesicht auf die Fahrbahn und erlitt Verletzungen am Kopf und an den Händen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Billiges Konzert. Heute abend findet wiederum ein sogenannter „billiger Abend“ im Stadtpark statt. Die Musik stellt die Kapelle des Leibdragonerregiments Nr. 20. Der Eintritt beträgt 20 bezw. 10 Pf.

Stadtparktheater. Heute abend geht seit langen Jahren „Der Opernball“ wieder in Szene. Das launige, heitere Werk zählt zu den besten Operetten. Die Musik Heubergers ist edelste Operettenmusik, sprudelnd und voll Feuer.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Mex, 24. Juli. (Privattelegr.) Das Militärluftschiff 3. 3, das heute morgen 5.15 Uhr in Baden-Dos aufstiegen ist, ist 7.10 Uhr über Stadt und Festung Mex erschienen und glatt gelandet.

Neues vom Tage.

Saarbrücken, 23. Juli. In der vergangenen Nacht verübte hier ein Lehrling einen Raub, bei dem ihm 44 000 M. in die Hände fielen. Er hatte sich in dem Kassenraum seines Prinzipals versteckt. In der Nacht erbrach er dann den Geldschrank und flüchtete mit seiner Beute.

Dresden, 23. Juli. In Dresden-Neustadt hat die 35jährige Weinstubenbesitzerin Erl ihre beiden Kinder von 6 und 8 Jahren und sich selbst mit Leuchtgas vergiftet. Schlechte Vermögensverhältnisse bildeten den Beweggrund. Der Mann hat sich schon vor Jahresfrist aus dem gleichen Grunde erhängt.

Paris, 23. Juli. Eine schwere Gasexplosion hat heute Nacht den Pont Charrenon zum Teil zerstört. Um 11 Uhr nachts ging ein Passant über die Brücke, der achtlos ein brennendes Streichholz wegwarf. Rauch hatte er die Brücke passiert, als eine furchtbare Detonation erfolgte. Das Streichholz war in eine der Abflüßröhren gefallen und hatte dort Gas zur Explosion gebracht.

Madrid, 23. Juli. Ein Telegramm aus Cordoba berichtet, daß in der Nähe von Torres Cabrera acht maskierte Räuber einen Personenzug anhielten und die Reisenden mit vorgehalt-

nem Kehlberg vollständig ausplünderten. Den den Zug begleitenden Zivilgardisten gelang es, drei der Verbrecher zu verhaften. Sie konnten es jedoch nicht verhindern, daß sich die übrigen mit ihrer Beute schleunigst flüchteten.

Brandunglück.

London, 23. Juli. Bei einem Brande in einer Zelluloidfabrik in der City sind 12 Menschen ums Leben gekommen. Fünf verletzte Mädchen mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Bestrafte Neugierde.

London, 23. Juli. In Boston drängten sich in einer Fabrik etwa 40 Arbeiter und Arbeiterinnen auf einem hölzernen Gang zwischen zwei Teilen des Fabrikgebäudes, um den königlichen Extrazug, der dort durchfuhr, zu beobachten. Der Gang brach unter ihrem Gewicht zusammen und alle stürzten auf den 20 Fuß tiefen, darunter befindlichen gepflasterten Hof. Alle erlitten schwere Verletzungen, sechs davon lebensgefährlich.

Gerichtszeitung.

Lumpen und Schweinehunde.

Mit diesen und ähnlichen Schimpfwörtern belegte der konservative Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Froeblich aus Dünkendorf, Kreis Schweidnitz, die Lehrer und Beamten, die nach seiner Meinung an dem Durchfall des konservativen Freibern v. Richthofen die Schuld haben sollten. Nach der Stichwahl im Kreise Schweidnitz-Striegau, die bekanntlich mit dem Siege unseres Genossen Feldmann endete, war der Gemeindevorsteher Froeblich in einem Schweidnitzer Gasthof und gab dort seinem Unwillen über den Ausgang der Wahl in drastischen Schimpfwörtern Ausdruck. In Gegenwart eines Gendarmeriewachtmeysters jagte er unter anderem: „daß der Sozialdemokrat durchgekommen ist, daran sind nur die Beamten und Lehrer schuld, die in der Stichwahl für Feldmann eingetreten sind.“ Als der Gendarmerieoberwachmeister sich das verbat, machte der Agrarier sofort einen Zurückzieher, begann aber auf die Lehrerschaft des Wahlkreises in der unflätigen Weise zu schimpfen: „Was sind die Lehrer? Lumpen sind sie. Schweinehunde und Galgenstricke sind sie.“ Wegen dieser Beleidigungen hatten die Lehrer Strafantrag gestellt. Vor dem Schöffengericht zu Schweidnitz gab der konservative Schimpfapostel zwar die Beleidigungen zu, versuchte sich aber mit dem reichlich genossenen Alkohol herauszureden. Damit hatte er zwar kein Glück, aber trotzdem erkannte das Gericht auf nur 300 Mk. Geldstrafe.

Der Prozeß ist ein kleiner Beweis dafür, wie konservative die Lehrer einschätzen und behandeln, wenn sie gegen den konservativen Stachel löfen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Der Angriff auf die Dardanellen.

Rom, 23. Juli. Die „Ag. Stef.“ erklärt die türkische Meldung, daß die Leiche eines italienischen Matrosen in den Dardanellen aufgefunden worden ist, für durchaus falsch. Die letzten Depeschen bestätigten, daß die 5 in die Dardanellen eingefahrenen Torpedoboote ohne jeglichen Verlust an Menschenleben und unbeschädigt in Astropolia eingetroffen sind.

Konstantinopel, 23. Juli. Zu dem Angriff der Italiener in den Dardanellen verlautet jetzt, daß die in dunkler Nacht von den Türken für Torpedoboote angesehenen Schiffe zum Teil Unterseeboote gewesen seien, deren Untertanen

auf den Forts den Eindruck hervorrief, daß Torpedoboote gesunken seien. Dies würde es auch erklären, daß auf den einzelnen Forts eine verschiedene Anzahl feindlicher Schiffe beobachtet worden ist.

Rom, 23. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht die Einberufung von sämtlichen Meereswehrgängen der italienischen Kriegsmarine, womit der „Italia“ zufolge eine Mobilmachung der Flotte zum letzten entscheidenden Vorgehen gegen die Türkei vollzogen werde.

Letzte Nachrichten.

Die Schulden S. „Durlaucht“!

Wien, 22. Juli. Fürst Albrecht von Thurn und Taxis hat gegen den Prinzen Miquel von Braganza in London eine Forderungsklage auf 1 Million Kronen angestrengt. Ein Telegramm aus London besagt, daß die Klage nicht zugestellt werden konnte, da sich der Prinz von Braganza in Portugal befindet, wo er an der Seite der Royalisten gegen die Republik kämpft.

(Fürst Albrecht von Thurn und Taxis wird mit seiner Forderung wohl noch warten müssen, bis die Monarchie in Portugal wieder etabliert ist, dann gibts erst wieder Geld.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Will †.

Strasbourg, 23. Juli. In Sönheim ist Pfarrer Dr. Will, Reichstagsabgeordneter für Schleiftadt und der Gruppe des elsass-lothringischen Zentrums angehörig, nach langem Leiden heute nachmittag 4 Uhr gestorben. Dr. Will hatte bereits dem Reichstag von 1907 bis 1912 angehört und den Wahlkreis Strasbourg-Land vertreten.

(Dr. Will war bei den allgemeinen Wahlen im Januar dieses Jahres mit 8840 Stimmen gegen Imbs (Soz.), der 4065 Stimmen erhielt, im ersten Wahlgang gewählt worden. In der vorhergehenden Legislaturperiode vertrat Dr. Will den Wahlkreis Strasbourg-Land, wo er im Jahre 1907 mit Hilfe der Sozialdemokratie Blumenthal verdrängt hatte. D. Red.)

Das einheitliche Wechselrecht.

Haag, 24. Juli. Die internationale Wechselkonferenz ist gestern geschlossen worden. Die Konvention zur Einführung eines einheitlichen Wechselrechtes ist unterzeichnet worden von: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Frankreich, Mexiko, Montenegro, Niederlande, Paraguay, Norwegen, Schweden, Rußland, der Türkei und Italien. Mehrere andere Staaten haben die Unterzeichnung für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Die englischen Rüstungen.

London, 23. Juli. Als gestern Churchill seine Flottenrede beendet hatte, sprach Premierminister Asquith. Er betonte in der nachdrücklichsten Weise, daß Großbritannien höchst widerwillig das Flottenrennen mitmache. Das Wettrennen ist aber, fuhr der Minister fort, nicht von uns provoziert worden (!). Die Ausgaben, so sehr wir sie auch bedauern, sind gerechtfertigt, weil es nötig ist, die Sicherheit unserer Küste, sowie den Frieden der Welt zu erhalten. Der Schwerpunkt zur See hat sich für uns vom Mittelmeer nach den heimischen Gewässern

verschoben. Nach weiterer Debatte wurde der Ergänzungskredit für eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes um 1500 Mann mit 291 gegen 42 Stimmen angenommen. Gegen den Premierminister stimmten die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Radikale.

Spionage.

Edinburgh, 23. Juli. Der wegen Spionage angeklagte Deutsche Artgard Karl Graves ist zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 23. Juli. Das neue Kabinett Ahmed Rıza wird sofort daran gehen, die Forderungen und Wünsche der Albanesen und des Militärs zu prüfen und Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grunde werden mehrere Spezialkommissionen nach Albanien abgeordnet, um mit den Führern der dortigen Stämme zu unterhandeln. Ferner wird die Regierung die Abänderung einiger Gesetze, die Kammerauflösung und den Erlaß einer allgemeinen Amnestie in Erwägung ziehen.

Vereinsanzeiger.

Dagsfeld. Bei günstiger Witterung Sonntag, 28. Juli Ausflug der Dagsfelder Arbeiterschaft nach Gröningen (Wirtschafts Kurz). Hierzu sind die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, besonders auch die Sänger der beiden Gesangsvereine von hier, eingeladen, um uns durch einige Vorträge zu erfreuen. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. Abmarsch präzis 7 Uhr morgens vom Gasthaus zur „Ranne“.

Geschäftliches.

„Kufele“ enthält keine Milch und ist daher ein vorzügliches Nahrungsmittel für Kinder, die nur vorübergehend oder überhaupt keine Milch vertragen können; es eignet sich infolgedessen hervorragend für die Ernährung der Säuglinge bei Verdauungsstörungen, Darmkatarrh, Diarrhoe etc., wo Milch und Milch enthaltende Nahrungsmittel zu meiden sind.

Die G. Denhardt'sche Sprachheilkunst für Stotterer, Siamler usw. in Stuttgart, Hohenzollernstr. 17, kann in diesem Jahre auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Das von dem Großvater des jetzigen Inhabers begründete Denhardt'sche Heilverfahren sticht durch die jahrzehntelange Praxis auf einer Höhe der Leistungsfähigkeit, die wohl kaum übertroffen werden kann. Prospekte und nähere Auskunft kostenlos durch die Anstalt.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Wilhelmstraße 47 II.

Sprechstunden jeden Freitag von 12-1/2 Uhr. Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags auch abends von 5-7 Uhr. Jeden Mittwoch Abend von 6-8 Uhr im „Schwanen“ in Durlach. R. G. D. Mein. Sie sind nicht gezwungen, zu dem Ihnen gebotenen Preis zu verkaufen. Lassen Sie es auf das Entgeltungsverfahren antommen.

Volksfreund-Buchhandlung • Luisenstraße 24.

Wir empfehlen aus Demmers Haus- und Volksbibliothek: Das Luft-, Licht-(Sonne)-Bad für Gesunde und Kranke von Dr. A. Kühner, 2. Auflage. Preis 30 Pf. Durch die Post bezogen 35 Pf.

Kaiserstr. 143.

Räumungs-Verkauf

in allen Abteilungen zu fabelhaft billigen Preisen.

Paul Burchard.

Auf alle nicht ausgelegten Artikel, ausgeschlossen Kurzwaren u. Garne

15 bis 25% Rabatt.

Waschblusen

Unterröcke

Schürzen

Handschuhe

Strümpfe

Herrenartikel

Leibwäsche

Regenschirme

Handarbeiten

Spitzenstoffe

Wäschestickereien

Taschentücher

Korsetts

Jabots

Damen-Gürtel

Bade-Artikel



Tel. Karlsruhe Nr. 3279.

Tel. Durlach Nr. 32.

„Apfelgold“

Das beste moussierende Apfelweingetränk.

Erhältlich in allen besseren Geschäften der Lebensmittelbranche oder direkt durch die alleinigen Fabrikanten:

Brauerei Eglau Durlach

Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe.

Am Sonntag den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr beginnend, findet im „Tivoli“, Ruppurrerstraße unser

Gartenfest

hat, verbunden mit Musik, Glücksspielen, Herren- und Damen-Preisregeln. Hierzu laden wir unsere Mitglieder sowie die Partei-, Gewerkschafts- und Sangesgenossen und Gönnerinnen zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Das Preisregeln für Herren beginnt Samstag den 27. d. M., abends 8 Uhr.

Aue bei Durlach. Sozialdemokrat. Partei.

Am Sonntag, 28. Juli, findet auf dem Erupplatz unser diesjähriges

Partei-Fest

verbunden mit Sommernachts-Fest

hat. Für Getränke und Speisen ist bestens Sorge getragen, auch ist Glückshafen und Schicksalstunde aufgestellt. Hierzu sind die Genossen mit ihren Familien, sowie Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Durlach. Brauerei Genter

Adlerstraße 18.

Bringe einer geehrten Arbeiterschaft meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung :: ::

Zum Ausschank kommt:

ff. Genter-Bräu.

Keine Weine. — Gute Küche.

Um geneigten Zuspruch bittet
Hermann Huber.

786

Programm 24. bis 26. Juli:

Verrat.

2 Akte. Erstklassige Künstler. Ein erschütterndes, aus dem Leben gegriffenes Bild, das zeigt, wie ungezügelter Leidenschaft zur Ehrlosigkeit und zum Verrat an Ehre und Pflicht führt.

Damen-Turnen. Anmutiges Sportbild. Eine Damenriege, die einige interessante Übungen, wie Freilübungen, Riegearten und Pyramiden vorführt.

Die lebende Flora des Meeres. Hochinteressanter wissenschaftlicher Film.

Ihr Bild. Eine schöne Szene aus dem nordamerik. Bürgerkrieg, welche den Edelmut eines braven Offiziers im hellsten Licht erglänzen lässt.

Amor und Psyche. Reizende Komödie eines kleinen Zeitungsjungens.

Inhaltsreiches Pathe-Journal.

Ma Sulfane Tango. Die berühmte Tänzerin Rosario Guerero. 801

Welfkinematograph Kaiserstr. 133.

4 mal soviel Extraktstoffe als chem. Substanzen enthält der aus Plochinger Apfelmast bereitete Hastrunk, weil **nur Früchte.** Fertig per Liter auch nur ca. 7 Pfg.

Kräftiger Haustrunk Gesetzlich geschützt. Gesunder Most

Plochinger Apfelmaststoff 100 Literpaket nur 4 Pf.

Keine Chemikalien nur Früchte

deshalb der natürlichste Volkstrunk

Auch in 50 und 150 Literpaketen zu haben.

Überall Niederlagen, erkennlich durch Plakate, oder direkt ab Plochingen unter Nachnahme von Weiss & Co., G. m. b. H., Plochingen a. N.

Prospekte mit Gebrauchsanweisung gratis und franko.



Naturgetreuer Zahnersatz u. Plomben

Spez.: Schonendste Behandlung nervöser und ängstl. Personen. Auf Wunsch bequeme Zahlung.

Willy Reinert
Karlsruhe, Kaiserstr. 126.
(Auf Namen und Nummer achten.)

Mein diesjähriger

Inventur- Ausverkauf

dauert nur noch bis zum 30. d. Mts., und ist es jetzt die allergünstigste Gelegenheit, seinen Bedarf durch den Einkauf guter u. gleichzeitig äusserst billiger Waren zu decken. :: ::

787

Auf sämtliche schon ohnehin aussergewöhnlich billige Artikel gebe ich ausserdem noch

Doppelte Rabatt-Marken
oder **10%**

Überzeugen Sie sich durch Beachten meiner Schaufenster von der Preiswürdigkeit meiner Artikel!

Schneyer

Werderplatz, Filiale: Rheinstr. 48.

Verkaufs-Lokal.

Im neuen Wachtgebäude am Karlsruher ist ein 34 qm großes Verkaufslotal mit Gasheizung, elektrischer Beleuchtung und Wasserleitung auf 1. September d. J. zu vermieten. Zum Verkauf von Schwarzwaren und Getränken wird das Lotal nicht abgegeben. Auskunft erteilt das städt. Hochbauamt, Rathaus, II. Obergeschoss, Zimmer 108.



Angenehmer Zeit- vertreib

Tiefster Glanz im Nu, Und das Leder mollig weich, Lässt nichts Nasses zu!

Erdal

schwarz braun gelb

um Nachzeichnen. Vertreter: Carl Halbig, Inh.: C. Halbig und Arthur Gühne, Karlsruhe, Viktoriastr. 6, Telephon 2667.



Inventur- Ausverkauf

zu bedeutend ermässigten Preisen. 796

Herren-Anzüge M 10.00 bis 48.00
Burschen-Anzüge M 6.50 bis 30.00
Knaben-Anzüge M 2.00 bis 15.00
Sommer-Ware zu 50% Nachlass

Nur Adlerstrasse 18a.

E. Hahn.

Pfannkuch & Co

Ein weiterer Waggon
Westindische
Bananen
feinste ausgereifte Früchte 784

Pfund **30** Pfg.
solange Vorrat
im ganzen Strang brutto für netto

Pfund **24** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Email-Herde

erklaffiges Fabrikat, soeben eingetroffen. Gewähre bis auf weiteres

10% Rabatt.

Ernst Marx

Herb., Ofen-, Küchen- und Haushaltsgeschäft
Tel. 3086. 45 Luisenstraße 45. Tel. 3086.

Eine günstige Gelegenheit

den Bedarf für Sommer und Reise in nur letzten Neuheiten zu decken, ist mein

Saison-Ausverkauf

Ich empfehle solange Vorrat:

Waschstoffe

Mousseline, imit. Leinen, Satin und Foulardine

jetzt Meter **30** 45 60 70 95

Seidenstoffe

Foulard imprimé

jetzt Meter **95** 1³⁵ 1⁶⁰ 1⁷⁵ 2¹⁰

Damen-Schürzen

Fasson: Bluse, Reform, Prinzess und Mieder

Serie 1	Serie 2	Serie 3
1²⁵	1⁴⁵	1⁶⁵
Serie 4	Serie 5	Serie 6
2²⁵	2⁶⁵	2⁹⁵

Damen-Konfektion:

jetzt	6⁵⁰	9⁵⁰	13⁰⁰	18⁰⁰	25⁰⁰	36⁰⁰
jetzt	6⁵⁰	7⁷⁵	9⁷⁵	13⁰⁰	17⁵⁰	22⁰⁰
jetzt	15⁰⁰	19⁵⁰	25⁰⁰	34⁰⁰	48⁰⁰	
jetzt	12⁰⁰	17⁰⁰	21⁰⁰	29⁰⁰	35⁰⁰	48⁰⁰

Kinder-Schürzen

Fasson: Hänger-, Reform-, Träger- und Aermelschürzen

Serie 1	Serie 2	Serie 3
75	95	1²⁵
Serie 4	Serie 5	Serie 6
1⁶⁵	1⁹⁰	2²⁰

Hugo Landauer

Karlsruhe i. Baden

Kaiser-Strasse 145.

Stadtgarten-Theater.
Direktion: S. Hagin.
25. Vorstellung.

Mittwoch, 24. Juli 1912,
abends 8 Uhr 793

Der Opernball.

Operette in 3 Akten von Joseph Heuberger.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Metropol-Theater.
Schillerstr. 22, Ecke Güterstr.
Haltestelle der Strassenbahn.

Programm 794
von Mittwoch, 24. bis inkl.
Freitag, den 26. Juli:

1. Eine Alligatoren-Züchterei. Schönes Naturbild.
2. Abschied. Tragödie eines Offiziers. Ein äusserst spannendes Drama in 2 Akten. Verfasser u. Hauptdarsteller Herr Paul Otto vom Hebbel-Theater in Berlin.
3. Der Rivale im Koller. Sehr komisch.
4. Was man aus Liebe tut. Sehr tragisch.
5. Eine Aequator-Taufe.
6. Neueste Wochenschau
7. Amors Geniestreiche. Eine entzückende Komödie.
8. Die schöne Amazone. Herrliche Farben-Kinematographie. Ein sehr ergreifendes Drama.

Fleischverkauf!

Samstag den 27. Juli von 7-1 Uhr verkaufe ich Eisenbahnfr. 20 prima Qualität Mastfleisch, eig. Mastung, extra jung und ausgemästet, per Pfd. 72 Pfg. 780

Wilh. Uck, Molkereibesitzer.

Bornehm

wirkt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und ein schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife à St. 60 Pfg., ferner macht der Dada-Cream rote und rötliche Haut in einer Nacht weiß und sammetweich. Tube 60 Pfg. bei: Carl Roth, Hofstr. 223, S. Bieler, Kaiserstr. 223, Otto Fischer, Karlsruh. 74 und in allen Apotheken. 6002

Billige Schuhwaren

kaufen Sie jederzeit bei **Wilh. Krüger, Adlerstr. 40.**

Zwei-Zimmer-Wohnung

mit Küche und Keller auf 1. Dfl. zu vermieten. 744
Zu erfragen 1. Etod.

Zu kaufen und verkaufen fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 16

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Pfannkuch & Co

Beste und praktischste Fliegenfänger

Pyramiden-Fliegenfänger

Stück 6 119
10 Stück 55

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den besten Verkaufsstellen

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20,

neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. M. 12-27, Brillen u. Zwicker

Klavier Gelegenheitskauf!

sehr gut erh. Stahlbänger, schön im Ton, für alle Zwecke geeignet, zu verk., Preis 80 Mark, bei Stöhr, Ritterstraße 11. 791

Kinderwagen mit Nickelgestell, Extrastark 15 Ml. Große Fahne, schwarz-weißrot, für 10 Ml. zu verk. Bahnhofstr. 50, 2. Et. r.

Angebotsverfahren.

Der Männer-Gesangverein Karlsruhe, vertreten durch den Vorstand, hat den Antrag gestellt, das abhanden gekommene Sparbuch seiner Karnevalgesellschaft Lit V. Nr. 975 mit einer Einlage von 110.26 Ml., inzwischen durch Zinsgutschrift angewachsen auf 114.89 Mark, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosenerklärung erfolgen wird. 795

Karlsruhe, den 28. Juli 1912.
Städtische Spar- und Pfandleihkasse.

Bekanntmachung.

Im Hundewinger des städt. Balenmeisters, Schlachthausstraße 17, (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befinden sich nachstehende herrenlose Hunde:

- 1 Forsterrier, weiß mit braunen Flecken (männlich).
- 1 Dachshund, schwarz mit braun (weiblich).
- 1 Spitzbastard (weiblich).

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert.

Karlsruhe, 22. Juli 1912.
Städtische Schlacht- und Viehhofdirektion. 763

Löwendrogerie Grötzingen.

So lange der Vorrat reicht, setze ich die aus der Masse übernommenen

Zigarren zum Selbstkostenpreis ab.

787
An Wirte schon von 5 Kistchen an.
Inh. Hans Joseph.

Angebotsverfahren.

Herr Otto Mutschler, Schmied hier, Werberstraße 66, hat als Vormund des minderjährigen Karl Friedrich Knopf, geboren am 29. Dez. 1901 in Ringolsheim, den Antrag gestellt, das abhanden gekommene Sparbuch desselben, Lit. M. Nr. 1319 mit einer Einlage von 1741 Ml. für kraftlos zu erklären. 770

Der Inhaber des genannten Buches wird daher aufgefordert, solches innerhalb eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Kasse vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosenerklärung erfolgen wird.

Karlsruhe, den 20. Juli 1912.
Städt. Spar- u. Pfandleihkasse.

LUXEUM

gegenüber dem Hauptpostamt.

Programm vom 24. bis 26. Juli 1912.

Paris und seine Bau- denkmäler.

Interessanter Spaziergang durch Paris.

Du sollst ein Mann sein

Selten schönes Drama. Pathe Journal. Neuester Wochenbericht. Für die Ehre des Vaters. Eine Lebenstragödie in 2 A.

Der Regenschirm.

Posse von Dan. Riché, gespielt von Fr. Mistinguet.

Ein tragischer Irrtum

Dramatische Szene. Einlage: 702

Lüchtige Möbelschreiner, erfahrene Beizer u. Fertigmacher

Möbelfabrik am Westbahnhof

M. Reutlinger u. Co.

Karlsruhe i. B.

Nur mit Rotband

Luhns wäscht am besten

Gasthaus zur Pfalz

Bruchjal. st. Bringt meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung. Spezialausgang der Brauerei Beck & Pforzheim. Prima Würst- und Fleischwaren. Jeden Dienstag Schlachtag. Lokal des Gewerkschaftsartells und des Arbeiter-Radfahrervereins. C. Hübel.

Wilhelmstraße 43, 4. Etod.

ist ein möbl. Pianobureau-Zimmer auf 1. August zu vermieten. 781

Verloren

von der Luisenstraße ein Portemonnaie abgegeben geg. Belohnung Luisenstraße 52, 1. Et.